

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 6. Februar 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Die Eiserner Front und ihre Gegner

In wenigen Wochen hat sich die Eiserner Front gebildet. Programm und Ziel liegen klar vor jedermanns Auge: Freie Volksrechte, Kampf gegen Not und Arbeitslosigkeit, aber auch gegen jegliche Diktatur! In diesen Tagen beginnt die Rüstwoche der Eisernen Front, und wir erwarten, daß die gesamte Kollegenschaft sich dort einzeichnet, wo öffentlich Sammelstellen (Eiserne Bücher) ausgelegt sind.

Die Abwehr und Kampfbewegung der Eisernen Front kommt reichlich spät, gemessen an den fortgesetzten hemmungslosen Angriffen von Seiten der Nationalsozialisten; denn erst nach den Regierungsexperimenten in Braunschweig, Thüringen und Mecklenburg ist allen Arbeitnehmern, besonders aber den Beamten erschreckend klar geworden, daß überall dort, wo der Nationalsozialismus mitregiert, unerträgliche soziale Verhältnisse sich entwickeln. Es hat ein Terrorssystem eingesetzt, das den ADB veranlassen mußte, eine besondere Terrorabwehrstelle zu schaffen.

Nun heulen die Hitler-Presse wie auch ihre Geldgeber, die Schwerindustriellen, wütend auf, daß dieser Terror nicht länger geduldet werden soll. Sie sprechen von „Antahnung des Bürgerkrieges“ und sehen mit offenkundigem Mißbehagen, wie die Eiserner Front unausgesetzt wächst. Hemmungslos wurde in den letzten Wochen von der nationalsozialistischen Presse gegen Frankreich gehetzt, obwohl wir doch vor wichtigen außenpolitischen Verhandlungen standen. Täglich kann man in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und natürlich auch im „Dölkischen Beobachter“ eine systematische Franzosenhetze feststellen. Leider ist auch die Haltung der Caval-Regierung in Frankreich nicht ganz unschuldig an dieser verstärkten nationalsozialistischen Propaganda. Um so mehr haben die deutschen Arbeitnehmer alle Veranlassung, auch auf außenpolitischem Gebiet die klare Linie zu bewahren, die bisher das Rückgrat und den Entscheid gab für die gesamte Außenpolitik Deutschlands in den letzten zwölf Jahren. Gewiß sollten wir in der Völkerverständigung — insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland — wesentlich weiter sein, aber die Nationalisten hüben und drüben wenden alles an, um das zu verhindern, und so bleibt nur der entschlossene Wille derer, die unter gar keinen Umständen Kriegshetzer und Faschisten dulden können in jetziger Zeit.

Aber auch der „Roten Fahne“ ist nicht wohl bei den Propagandabesfolgen unserer Eisernen Front. Zu dem Aufruf der Eisernen Reichskampfleitung bringt sie einen Gegenaufruf für die „Rote Arbeiterfront“. Nun sind wir ja von diesem Organ allerhand gewöhnt. Unwillkürlich fragt man sich aber doch, wie ist es nur möglich, daß den Arbeiterlesern der „Roten Fahne“ noch immer so etwas zugemutet werden kann? Zwar werden in diesem Aufruf etwa 10 Zeilen den Nationalsozialisten gewidmet, dann aber kommen mehr denn 150 Zeilen ausschließlich gegen die Eiserner Front, worin man u. a. fol-

gende Sätze findet: „Brüning, Severing und Hitler, diese drei Namen sind nur der Ausdruck für drei verschiedene Schattierungen der bürgerlichen Diktatur, die sich in allem wesentlich einig sind.“ Ähnlich sind auch die Schlusssätze: „Entlarvt die Führer der Eisernen Front als Schrittmacher des Faschismus!“ Es ist eigentlich kaum zu glauben, daß der Ausfluß dieser KPD-Journalisten von den Lesern ernst genommen wird. Man kann übrigens ohne Schwierigkeiten im „Dölkischen Beobachter“ oft fast dieselben Sätze finden gegen die Sozialdemokratie, wie sie in der „Roten Fahne“ zu lesen sind. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn die Rechts- wie die Linksradiakalen manchmal die Lager wechseln; denn es wird ja nur die Firma geändert, die Schimpfepistel ist ganz dieselbe. Wenn die Dinge nicht einen so ernsten Hintergrund hätten und den Kampf der Arbeitnehmer so sehr erschweren, müßte man das Ganze als eine Lächerlichkeit abtun. Wie lange freilich diese Zirkuspäße noch möglich sind auf beiden „radikalen“ Seiten, müssen wir abwarten. Wir hoffen, daß die planmäßige Aufklärungsarbeit, die in den nächsten Wochen energisch fortgesetzt werden soll, ihr Ziel erreicht. So bleibt keine Wahl, die Eiserner Front muß neben ihrem planmäßigen Angriff gegen Hitler und den Faschismus, gegen die Schwerindustriellen und alle Reaktion, auch noch für eine Deckungs- und Abwehrfront sorgen gegenüber den KPD-Leuten, die von allen guten Geistern in heutiger Zeit verlassen sind. Was soll man dazu sagen, wenn in diesen Tagen in einer Berliner Versammlung Kommunisten und Nationalsozialisten eine gemeinsame Versammlung abhielten, obwohl doch in gleicher Stunde die nationalsozialistische Presse von „vertierten Kommunisten“ und „roten Untermenschen“ spricht, und die „Rote Fahne“ von „viehischen Abschlagungen“ des Kommunisten Klemke usw. Am selben Tage aber wird das Thema von beiden Parteien gewälzt: „Die Sozialdemokratie und auch die Eiserner Front sind der Hauptfeind!“

Solche Vorkommnisse sind fast täglich zu verzeichnen und nicht nur in Berlin. Am 28. Januar ist auch in Halle eine Versammlung mit dem Motto „Jugend in Eiserner Front“ von Nationalsozialisten wie Kommunisten gesprengt worden, wobei die Jungbannerkameraden mit Biergläsern, Stühlen usw. angegriffen wurden. Erst die Polizei mußte dem wüsten Treiben ein Ende machen. Wahrlich wir haben es in Deutschland weit gebracht!

Das alles muß aber den besinnlichen Arbeitnehmer, der sich ernstlich mit den wirtschaftlichen und politischen Nöten beschäftigt, zu der Einsicht bringen: Wir können nicht länger zusehen, wie rechts und links die Unvernunft mit Waffen und Gewalt arbeitet, wir müssen uns zur Wehr setzen.

Wir bilden die Eiserner Abwehr- und Angriffsfront!

Hitler, wo kommt Ihr Geld her?

Die am letzten Sonntag im Berliner Straßenhandel neu erschene Zeitung „Eiserne Front“ redet mit Adolf Hitler eindringliche Sprache:

„Zum 26. Januar, dem Dorabend des ehemals kaiserlichen Geburtstages, waren Sie wieder einmal zu Ihren rheinisch-westfälischen Gönnern und Spendern eingeladen. Sie, der „Arbeiterführer“! Sie durften vor den Bergherren, den Erzherzögen, den Generaldirektoren, den Chemiekönigen, den Geldfürsten, den Industriefürsten, den adeligen Latifundiengehaltigen Ihre Ziele vortragen. Der „Sozialist“ als Ratgeber für den Hochkapitalismus! Der „Arbeiterführer“ gefeiert von den hartnäckigsten Feinden der Arbeiterrechte im Deutschen Reich!

Hitler! Wir wollen, nachdem Sie vor den Herren des Kapitalismus gedient haben, ein paar Fragen stellen:

Sie waren Frontsoldat wie wir. Vor vierzehn Jahren lagen Sie mit uns im Dreck und Feuer des Schützengrabens. Ein Arbeiter mit Arbeitern, ein Prolet mit Proletariern. Das Kaiserreich ließ Sie für sich bluten, aber es verweigerte Ihnen das militärische Führertum wie uns. Handarbeit schändete im kaiserlichen Heere. Sie machte den Mann unwürdig, Offizier zu werden. Wo sind wir, wo sind Sie heute? Wir sind an den Stempelstellen oder bei kärgem Lohn im Betrieb.

Sie haben sich einen Palast gebaut. Sie reisen im eigenen Luxusauto (Wert 43.000 Mark). Sie bewohnen in den teuersten Hotels ganze Zimmerfluchten. Sie leben wie ein Fürst. Sie sammeln ein großes Vermögen. Ein Reisetag kostet Sie mehr, als wir in unseren kühnsten Träumen in einem Monat erarbeiten möchten. Wir fragen Sie, Hitler: Wer bezahlte und wer bezahlt Sie?

Nie hat in der deutschen Geschichte ein Parteiführer in Jahrzehnten soviel Geld für sich gemacht wie Sie in einem Jahre. Sie

scheffeln Geld, während Ihre Frontkameraden Bankrottieren, abgebaut, erwerbslos sind und hungern.

Sie versprechen uns Freiheit und Brot. Wir glauben Ihnen nicht, weil Sie mit denen halten, die allezeit für Rechts- und Lohnraub gewesen sind.

Wären Sie Privatmann, wir würden uns um Ihren Verkehr nicht kümmern. Es prozen und prassen ja so viele Neureiche.

Sie aber haben die Millionen nicht als Börsenjobber oder Unternehmer gemacht.

Sie sind als politischer Spekulant reich geworden.

Ihre politischen Geschäfte haben sich gelohnt, haben sich verzinst, tausendfältig. Als Frontsoldaten fragen wir Sie, den Gastfreund der rheinisch-westfälischen Hochkapitalisten:

Hitler, wo kommt Ihr Geld her?

Wer bringt die Millionen Reichsmark, Pfund, Dollars, Franken und Lira in Ihre Kassen? Wer? Legen Sie endlich Rechenschaft ab! Vor Ihren Mitgliedern und vor der Öffentlichkeit! So halten es die Arbeiterorganisationen aller Richtungen, weil sie nichts zu verbergen haben.

Zeigen Sie der Welt Ihre Kassenbücher, wenn Sie sich nicht zu scheuen brauchen!

Werden Sie es tun? Werden Sie antworten, Hitler? Sie werden sich hüten, Sie Vortragsreisender bei der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie! — Sie werden sich hüten, Sie hochbezahlter Artikellieferant für ausländische Heßblätter gegen Deutschland! — Sie werden sich hüten, Sie Großverdiener des blutigen Faschismus! — Sie werden sich hüten, uns jemals unter die Augen zu treten, uns, den Kämpfern der Eisernen Front!

Nationalsozialisten und Gewerkschaften

Die Nationalsozialisten nennen sich eine Arbeiterpartei. Aber was ihnen bisher fehlte, waren — von wenigen Ueberläufern und allzu Dummen abgesehen — die Arbeiter. Doch da die Führer der NSDAP. klug genug sind, um zu wissen, daß der Kampf um die Macht in Deutschland ein Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters ist, geben sie mit verstärktem Nachdruck heute die Parole zur Werbung unter der Arbeiterschaft für den Nationalsozialismus heraus.

Dabei fühlen sie sich bemüht, ihre grundsätzliche Stellungnahme zur Gewerkschaftsbewegung bekanntzugeben. In ihrer Betriebszellen-Zeitschrift „Arbeitertum“ vom 15. Dezember 1931 hat Gregor Straßer einen Aufsatz „Sozialreaktion?“ veröffentlicht, der — wie die Schriftleitung erklärt — die vollste Billigung Adolf Hitlers gefunden hat und als parteiamtlich anzusehen ist.

In diesem Aufsatz betont Gregor Straßer eifrig, daß der Nationalsozialismus die Gewerkschaftsbewegung bejahe. Das klingt sehr gut und sehr schön, hat aber nur einen kleinen Haken. Denn die Gewerkschaften, die der Nationalsozialismus zu bejahen bereit ist, müssen einige Vorbedingungen erfüllt haben. Sie müssen, wie jede Organisation im nationalsozialistischen Staate, „prinzipiell die Nation bejahen“. „Internationaler und volkszerstörender Klassenkampf in der Gewerkschaft sind schlechterdings unmöglich und werden niemals geduldet werden.“ Ohne großes Wortgeklänge heißt das nichts anderes, als daß es im nationalsozialistischen Staat nur — nationalsozialistische „Gewerkschaften“ geben wird.

Diese „Gewerkschaften“ sollen eingefügt werden in einen ständemäßigen Ausbau des Staates. Wie die Nationalsozialisten sich ihren Ständestaat vorstellen, verschweigt Gregor Straßer schamhaft. Er schreibt nur großspurig, daß die NSDAP. ihre Vorschläge erst dann zur Kenntnis des deutschen Volkes bringen werde, wenn sie zur Macht gelangt sei. Aber soviel ist jedenfalls schon über den nationalsozialistischen Ständestaat durchgedrückt, daß die Hakenkreuzler nach dem Vorbild des italienischen Faschismus Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch unter dem Vorbehalt eines nationalsozialistischen Staatsbeamten zu Korporationen zusammenschließen wollen, die mit Stimmenmehrheit über alle den Beruf betreffenden Fragen beschließen werden. In welcher Art und Weise sich die Führer der NSDAP. die Tätigkeit des „unparteiischen“ Vorsitzenden der Korporationen vorstellen, ergibt sich aus folgenden interessanten Ausführungen:

„Für den theoretisch und praktisch jederzeit denkbaren Fall, daß vor allem wirtschaftliche Lohn- und Berufsfragen trotz der neuen, unter dem Gewölbe des föhlichen Staats der Volksgemeinschaft stattfindenden Verhandlungsmethode zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht in Uebereinstimmung gelöst werden können, übernimmt automatisch die Entscheidung der Staat selbst. Der Schlichter des nationalsozialistischen Staates ist die Verkörperung seiner Macht und Größe seines Verantwortungsbewußtseins und eminenten sozialen Gestaltungswillens, seine Entscheidung dient nur einem, dem Volke.“

Daß der Maßstab „Dienst am Volke“ ein sehr vager Maßstab ist, zeigt wohl am besten jener Absatz, in dem sich Straßer über die Stellung der NSDAP. zum Tarifrecht ausspricht:

„Daß in Zeiten wirtschaftlicher Depression und einer ungeheuren Arbeitslosigkeit, in denen Millionen darauf warten, um jeden Preis Arbeit zu erhalten und anzunehmen, das Tarifrecht eine erhöhte Bedeutung hat und haben muß, kann niemand bestreiten. Am wenigsten werden wir es tun, deren Parteigrundlag von Anfang an in dem Leitsatz: „Gemeinnutz vor Eigennutz“ ausgedrückt war. Darum bejahen wir das Tarifrecht. Darüber hinaus aber bejahen wir das Leben und die werteschaffende Arbeit als einzigen Wertmesser des neuen Wirtschaftsbegriffs und darum dürfen Prinzipien und Systeme nicht lebensfeindlich werden. Mit anderen Worten: Es kann Zeiten und Umstände geben — Exportmöglichkeiten, die bejaht und durchgeführt werden müssen —, die Ausnahmen vom Tarifrecht notwendig machen. Solche Ausnahmen sind nach unserer Auffassung dann zulässig, wenn sie vom Schlichter des Staates, nicht vom privaten Unternehmer, als notwendig nach genauester Prüfung anerkannt werden, und wenn vor der Herabsetzung der Tarife die üblichen Abschreibungen und Unternehmergewinne nach dem Grade der sozialen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf das höchste zulässige Minimum herabgesetzt sind.“

Man muß diese Sätze Straßers schon zweimal lesen, um sich klarzumachen, daß hinter dem Phrasenschwall nichts anderes steckt, als was man auch in jeder Unternehmerpresse finden kann. Denn auch die Unternehmer gebärden sich ja selten so brutal, daß sie offen die Zerschlagung des Tarifrechts fordern, die sie insgeheim lebhaft ersehnen. Auch sie erklären mit dem Brüllen der Ueberzeugung, daß sie das Tarifrecht aufrechterhalten wollen, daß sie aber gegen „starre“ Systeme sind und aus allen möglichen Gründen „Ausnahmen“ für notwendig halten. Aber jede Ausnahme vom Tarifrecht zerstört das Tarifrecht. Wenn man Wort für Wort jene Voraussetzung durchgeht, unter der die NSDAP. Ausnahmen vom Tarifrecht zulassen will, so darf man schon sagen, daß jeder Unternehmer unbedenklich zu diesen Voraussetzungen seine Zustimmung geben wird. Denn etwas Kautschukartigeres als diese Straßerschen Formulierungen läßt sich schwerlich denken.

Friedrich Hertneck.

Die christlichen Gewerkschaften auf dem Wege zum Marxismus

Der christliche Bergarbeiterverband hat am 10. Januar eine Kundgebung veranstaltet, an der 800 Vertrauensleute aus dem Ruhrgebiet teilgenommen haben. Der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Imbusch, der gleichzeitig Vorsitzender der christlichen Gewerkschaften ist, hat auf dieser Tagung scharfe Kritik an den sogenannten Wirtschaftsführern, den Kohlen- und Eisenindustriellen geübt. Aber auch die Haltung des Reichsarbeitsministeriums erfuhr durch Imbusch eine scharfe Derurteilung. Stegerwald habe behauptet, wir hätten uns seit 1927 in einem Irrgarten der Lohnpolitik befunden. Nichts sei falscher als das. Der Lohnsteigerung sei jeweils eine Preissteigerung vorausgeeilt. Wenn jeder soviel verbrauchen könnte, als zu einem menschenwürdigen Leben gehört, dann hätten wir nicht soviel Arbeitslose. Die Gesundung der Wirtschaft könne nur durch Ausdehnung des Verbrauches herbeigeführt werden. Mit der Rückkehr zur Armut und Bedürfnislosigkeit könne man keine Besserung schaffen. Wir hätten heute große Brennstoffhalben und gleichzeitig müßten sich die meisten Menschen in kümmerlichster Weise mit Brennstoffen behelfen. Die Unternehmer behaupten, der Bergbau sei unrentabel. Nach den Gutachten von Schmalenbach sind die Holzkosten für 1927 mit 89 Pf. und in dem neuen Gutachten für April 1931 mit 88 Pf. angegeben, obwohl in derselben Zeit die Holzpreise um 34 Proz. zurückgegangen sind. Imbusch forderte eine neutrale Prüfungsinstanz für die Selbstkosten im Bergbau. Darüber hinaus aber fordert der christliche Gewerkschaftsführer in scharfen Worten die Ausschaltung der Privatwirtschaft aus dem Bergbau:

„Man kann die Unternehmer so wie bisher nicht mehr weiterwirtschaften lassen. Es wird eine Gefahr für das Volk und die Wirtschaft. Die Angst, daß die Unternehmer durch eine Bürokratie ersetzt würden, ist nicht am Plage. Wo sind die weitestgehenden Unternehmer? Ist das Unternehmertum nicht schon längst bürokratisiert? Mit Recht beklagt der Leipziger Universitätsprofessor Dr. Streller die zunehmende Bürokratisierung, Verbeamtung, Verkalkung und Vereinerung der Wirtschaft. Bei den Unternehmern wird nichts Gutes mehr gefördert. Die Wirtschaftsbürokratie, die wir heute haben, ist schlimmer als die staatliche Bürokratie, die kontrolliert werden kann.“

Imbusch erwähnte auch den Erzlieferungsvertrag deutscher Industrieller mit Schweden, der für den Siegerländer Erzbergbau die Katastrophe bedeute:

„Wo bleibt die sonst so viel gerühmte Selbstverantwortung und Selbsthaftung der Unternehmer, die die gewaltigen Schäden für die Volksgesamtheit verursacht haben? Sind die Herren, die solche Verträge unterschrieben haben, zum Teufel gejagt? Entschädigen sie die von der Arbeitslosigkeit so hart betroffenen Gemeinden? Nach dem Rezept „Haltet den Dieb“ lassen sie vielmehr durch ihre Syndizi die Gewerkschaftsführer als die Sünder hinstellen, die die Wirtschaft ruinieren. Wenn in der Werkzeitung der Garpener Bergbau-A.-G. in einem Neujahrswunsch der Direktion die vollkommene Aenderung des Wirtschaftssystems der Nachkriegszeit gefordert wird, so ist das „die Freiheit, die ich meine“, Zwang für andere und willkürliche Freiheit, andere auszubeuten. — Die Unternehmer haben für alles Geld, nur nicht für die Arbeiter. Sie haben Geld genug für die Bearbeitung der Presse und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung; für Zuschüsse für gewisse Blätter und gewisse Parteien, für gelegentliche und ständige Mitarbeiter und für ihre Werkzeitungen. Wenn das deutsche Volk sich eine solche Wirtschaft gefallen läßt, dann hat es verdient, ein Sklavenvolk zu sein. Wenn die Unternehmer heute noch ihren früheren Standpunkt vertreten: „Wer das Risiko trägt, muß die Wirtschaft führen“, dann sollen die Herren aber möglichst bald verschwinden.“

Diese kernige Westfalensprache hat bei den Kumpels ungeheuren Beifall gefunden, dagegen bei den Herzögen von Kohlen und Eisen starke Wutanfälle ausgelöst. Die Bergwerkszeitung bezeichnet die Ausführungen von Imbusch als grobe Entgleisung, die man bei Imbusch gewohnt sei. Unter den deutschen Gewerkschaftsführern sei er der primitivste.

In demselben Ton beschäftigt sich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ unter der Balkenüberschrift „Christliche Gewerkschaften am Scheidewege“ mit der Rede Imbuschs. Sie betont, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Vorsitzender

Imbusch sei, bisher auf dem Boden privatwirtschaftlicher Anschauungen stand. 1920 habe der DGB, auf der Essener Tagung in einer Entschliebung die Sozialisierung des Bergbaues ausdrücklich abgelehnt. Die Arbeitgeberzeitung schreibt:

„Man muß diese Organisation jetzt fragen, ob sie, wie ihre Führer, auf dem Weg in die sozialistische Weltanschauung hinein mit ihren früheren Anschauungen gebrochen hat. In einer Zeit, in der die Lösung des Problems „Privatwirtschaft oder Gemeinwirtschaft“ geradezu zur Aufgabe des Tages geworden ist, müssen klare Fronten geschaffen werden. Diejenigen christlichen Gewerkschaften, die dem Sozialismus noch nicht verfallen sind, können nicht dulden, daß ihr Führer grundlegende sozialistische Thesen propagiert, ohne daß diese zur Programmatik der christlichen Gewerkschaftsbewegung erhoben worden sind. Entreder — oder!“

In ihren weiteren Darlegungen versucht die Arbeitgeberzeitung den Bergarbeitern plausibel zu machen, daß sie in einem sozialisierten Betriebe weniger zu erwarten hätten als im privaten Bergbau, wie das Beispiel bei der Reichsbahn und Reichspost gezeigt habe. Ansehend hat hier die Arbeitgeberzeitung das Wohlergehen der einzelnen Zechendirektoren gemeint, denn wie miserabel der Bergkumpel bisher behandelt wurde, ist über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt. In einem Sonntagsartikel der „Essener Volkszeitung“ vom 24. Januar nimmt Pater Muckermann zu der Rede Imbuschs Stellung. Muckermann versucht zwar, die Rede etwas abzuschwächen, indem er hervorhebt, daß Imbusch nur von Verstaatlichung gesprochen habe. Verstaatlichung sei aber nicht gleichbedeutend mit Sozialisierung, denn es brauche nicht jede Verstaatlichung von sozialistischen Grundsätzen beherrscht zu sein. Im weiteren kommt aber auch Muckermann zu dem Schlusse, daß die heutige Erscheinungsform des kapitalistischen Systems von Tag zu Tag unerträglicher werde. Es handle sich nicht mehr um diesen oder jenen Auswuchs,

Jetzt erst recht!

Wer ballt die Faust fest in der Tasche?!

Wer brennt noch seinen Zorn zu Asche?!

Wenn sich der graue Zug bewegt

Und himmelhoch sein Kampfruf schlägt:

Niemandes Knecht!

Jetzt erst recht

Eiserne Front!

Es gilt nur eins, mit uns marschieren.

Soll frei ein freies Volk regieren.

Wer abseits steht, begeht Verrat,

Eiserne Front will Kampf und Tat.

Auf zum Gefecht!

Jetzt erst recht

Eiserne Front!

Bruno Schönlanck

es ginge vielmehr um die gänzlich veränderte Lage der menschlichen Gesellschaft. Die Zeit sei vorbei, in der irgendein Mensch auf der Welt noch ertrage, der willenlose Sklave eines anderen zu sein. Muckermann schreibt:

„Solange das kapitalistische System noch im frischen Auftrieb war und mehr durch die Persönlichkeit kühner Unternehmer als durch das anonyme Kapital beherrscht wurde, traten mancherlei Ungereimtheiten nicht so zutage, wie heute, wo es mit jedem Auftrieb vorläufig vorbei ist und das Problem der Verteilung der erzeugten Güter wichtiger wird als das ihrer Erzeugung. Die bedrückendste Tatsache der gegenwärtigen Erscheinungsform des Kapitalismus ist folgende: Jemand, der zu einer Kohlengrube nicht das geringste persönliche Verhältnis hat und den gar nichts anderes auszeichnet als vielleicht eine reiche Erbschaft oder ein findiges Spekulationsgenie, ist heute imstande, bei den verschiedensten Unternehmungen sich nach und nach soviel Anteile zu verschaffen, daß er darin maßgebend auftreten kann. Einem solchen Manne braucht man sein möglicherweise rechtmäßig erworbenes Eigentum an Kapital nicht abzusprechen, wohl aber darf man fragen, ob mit einem solchen Erwerb von Aktienanteilen zugleich auch Rechte erworben werden, die ein schicksalhaftes Bestimmungsrecht für das Los von so viel Arbeitern einschließen. Offenbar muß diese Frage glatt verneint werden, mag auch mancher Eigentümer in einer solchen Verneinung gleich das Gespenst des Sozialismus sehen. Es ist einfach ein unnatürlicher Zustand, daß der Austausch von ein paar Aktienpapieren in Paris die Schließung einer Grube etwa in Holland zur Folge hat.“

Das sind marxistische Gedankengänge, denen sich auf die Dauer keine Arbeiterorganisation verschließen kann, auch wenn sich diese Organisation „christlich“ nennt. Der verstorbene Otto Hué stellte 1919 in einer Versammlung der A.- und S.-Räte die Frage, welches waren die größten Sozialisten im wahrsten Sinne des Wortes? Das waren die Krupp, Stinnes und Thyssen usw. Sie haben die Produktionsform derart weit getrieben, daß der Zeitpunkt kommt, wo die Urproduktionsstätten aus dem menschlichen Erhaltungstrieb in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden müssen. Dieser marxistische Siegeszug wird trotz Verbrüderung mit Hitler nicht aufgehalten werden. Jos. Gerbracht

Die IAH. als Familienbetrieb

Insgesamt 28 500 Mk. Jahresgehalt für eine Familiengemeinschaft bei der IAH.

Willi Münzenberg, der Allweltskommunist, ferner der Landesvorstand (Leupold) und die Revisionsleitung der IAH. (Resch), sowie Erich Lange senden uns unter Hinweis auf § 11 des Pressegesetzes nachstehende „Berichtigungen“ zu unserer Notiz mit obiger Ueberschrift in Nr. 2 „Gewerkschaft“:

„In der Nr. 2, Jahrgang 36 der Zeitschrift „Gewerkschaft“, Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Ausgabe D, vom 16. Januar 1932, erschien unter dem Titel: „Die IAH. als Familienbetrieb“ ein Artikel.

Zu diesem Artikel habe ich zu erklären:

1. Es ist unwahr, daß ich außer einem Teil meiner Reichstagsdiäten ein besonderes Gehalt als Generalsekretär der IAH. oder von einem anderen Unternehmen erhalte.

Wahr ist vielmehr, daß ich lediglich den für die Mitglieder der kommunistischen Reichstagsfraktion üblichen Teil von den Reichstagsdiäten erhalte.

2. Es ist unwahr, daß sich „im gleichen Hause“ Neuer Deutscher Verlag, IAH., Roter Aufbau und AIZ. befinden.

Wahr ist vielmehr, daß sich im Hause Wilhelmstr. 48 nur die internationale Zentralstelle der IAH. befindet, während die Internationale Arbeiterhilfe, Bezirk Berlin-Brandenburg, und deren Sekretär, Erich Lange, in der Friedrichstr. 235 ihre Tätigkeit ausüben

3. Es ist unwahr, daß Erich Lange durch Protektion von mir im IAH.-Büro beschäftigt wird.

Wahr ist, daß Erich Lange überhaupt nicht in den mir unterstehenden Büros des Generalsekretariats der IAH., Wilhelmstr. 48, beschäftigt ist, sondern ohne meine Einflußnahme von einer Landeskonzferenz Berlin-Brandenburg, an deren Vorbereitung und Durchführung ich überhaupt nicht teilgenommen habe, als Sekretär der IAH. Berlin-Brandenburg gewählt wurde und in der Friedrichstr. 235 arbeitet.

4. Es ist unwahr, daß der Jugendsekretär Friedrich, Erna Lange oder deren Vater in von mir geleiteten Büros angestellt sind oder für die Büros Arbeiten geleistet haben

Willi Münzenberg.

In Nr. 2 des Jahrg. 36 der Zeitschrift „Gewerkschaft“, Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, vom 16. Januar 1932 erschien unter der Ueberschrift: „Die Internationale Arbeiterhilfe als Familienbetrieb“ ein Artikel. Zu diesem Artikel haben wir im Auftrage des Landesvorstandes der Internationalen Arbeiterhilfe, welcher zu diesem Artikel Stellung nahm, folgendes zu erklären:

1. Es ist unwahr, daß der Sekretär der IAH., Bezirk Berlin-Brandenburg/Lausitz/Grenzmark, Erich Lange, durch Protektion Münzenbergs im IAH.-Büro beschäftigt wird.

Wahr ist dagegen, daß Erich Lange auf einer Groß-Berliner Funktionärkonferenz der IAH. in Vorschlag gebracht und einstimmig bestätigt wurde und daß er auf der ordentlichen Landeskonzferenz der IAH. vom 28. Februar und 1. März 1931 gewählt wurde.

2. Es ist unwahr, daß außer dem Sekretär Erich Lange und dem Jugendsekretär Walter Friedrich einer von den sonst im Artikel Genannten bei uns beschäftigt ist.

Wahr ist dagegen, daß die im Artikel Genannten niemals im IAH.-Landesbezirk Berlin-Brandenburg/Lausitz/Grenzmark beschäftigt waren.

3. Es ist unwahr, daß der Vater von Erich Lange sämtliche Tischlerarbeiten innerhalb der IAH. bekommen hat.

Wahr ist dagegen, daß er niemals weder für eine Tischlerarbeit noch für eine andere Tätigkeit innerhalb der IAH. beschäftigt wurde.

Die Revisionsleitung des Landesvorstandes der IAH.

I. A.: Resch.

Der Landesvorstand der IAH.

I. A.: Hermann Leupold, Erich Kathe.

In Nr. 2, Jahrg. 36 der Zeitschrift „Gewerkschaft“, Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, vom 16. Januar 1932 erschien unter der Ueberschrift: „Die Internationale Arbeiterhilfe als Familienbetrieb“ ein Artikel. Zu diesem Artikel habe ich zu erklären:

1. Es ist unwahr, daß ich als Sekretär der Internationalen Arbeiterhilfe durch Protektion Münzenbergs im IAH.-Büro beschäftigt bin.

Wahr ist dagegen, daß ich als Sekretär der Internationalen Arbeiterhilfe, Bezirk Berlin-Brandenburg/Lausitz/Grenzmark, auf der ordentlichen Landeskonzferenz der Internationalen Arbeiterhilfe vom 28. Februar und 1. März 1931 gewählt wurde.

2. Es ist unwahr, daß Lieschen Riegg — meine Frau — Reichskassiererin der IAH. ist.

Wahr ist dagegen, daß die Funktion des Reichskassierers der IAH. durch Paul Dornberger ausgeführt wird.

3. Es ist unwahr, daß eine gewisse Erna Lange, die es tatsächlich nicht gibt und mit der wahrscheinlich meine Schwester Lieschen Lange gemeint ist, gleichfalls angestellt ist.

Wahr ist dagegen, daß meine Schwester Lieschen Lange niemals in einem Arbeiterbetrieb tätig war und daß sie arbeitslos ist.

4. Es ist unwahr, daß mein Vater jemals irgendwelche Tischlerarbeiten von der IAH. bekommen hat.

Wahr ist dagegen, daß er keine einzige Tischler- oder andere Arbeit, mit der irgendeine finanzielle Entschädigung verbunden ist, für die IAH. gemacht hat und daß er mit kurzen Unterbrechungen seit zwei Jahren arbeitslos ist.

5. Es ist unwahr, daß ich Mitglieder der IAH. jemals als Lumpen-Proletarier bezeichnet habe.

Wahr ist dagegen, daß ich diesen Ausdruck niemals gegen IAH.-Mitglieder oder anderweitig organisierte und klassenbewußte Arbeiter gebraucht habe.

Erich Lange.

Hierzu wird uns geschrieben:

Willi Münzenberg stellt „seine wertvolle, außerordentlich stark in Anspruch genommene Arbeitskraft“ der IAH. nicht unentgeltlich zur Verfügung.

Wir behaupteten nicht, daß die Familiengemeinschaft Lange-Sauerland in einem Büro der IAH. beschäftigt wird, sondern in der IAH. als Körperschaft. Daß es neben dem Generalsekretariat und der Reichsorganisation auch Unterbezirksorganisationen der IAH. gibt, haben wir nicht bestritten. Wenn man glaubt, das berichtigen zu müssen, so deshalb, weil man bessere Einwände gegenüber den anderen von uns festgestellten Tatsachen nicht fand.

Im übrigen scheint die Verständigung unter den Berichtenden nicht ganz funktioniert zu haben, denn in der Berichtigung Leupolds wird unter 2. das bestätigt, was in der Berichtigung des Herrn Münzenberg bestritten wird, und zwar daß Erich Lange und Walter Friedrich bei der IAH. beschäftigt sind, ob im Generalsekretariat oder im Unterbezirksbüro ändert nichts an den Tatsachen.

Erich Lange berichtigt, daß Lieschen Riegg, seine Frau, nicht Reichskassiererin der IAH. sei, vergißt aber zu sagen, daß sie weiter als Bezirkskassiererin fungiert.

Die „Berichtigungen“ bestreiten also Dinge, die wir nicht behauptet haben, andererseits bestätigen sie und unterstreichen das, was wir in unserer Veröffentlichung sagten und worauf es in diesem Zusammenhang ankam.

Die deutsche Seehandelsflotte und die Steigerung der Welt-handelsflotte

Nach den Ausweisungen des Statistischen Reichsamtes bestand die deutsche Seehandelsflotte am 1. Januar 1931 aus 3913 Schiffen mit einem Raumgehalt von 4 364 000 Bruttoregister-tonnen gegen 3939 Schiffe mit 4 242 000 Bruttoregister-tonnen im Vorjahre. Während die Zahl der Schiffe um 26 gesunken ist, stieg der Raumgehalt um 122 000 Bruttoregister-tonnen.

Die Verschiebungen des Anteils der einzelnen Schiffsgattungen an dem Gesamtbruttoreaumgehalt geht daraus hervor, daß der Anteil der Motorschiffe von 1927 bis 1931 von 7,8 Proz. auf 12,4 Proz. gestiegen ist; dagegen ist der Anteil der Dampfschiffe von 83,6 auf 82,1, der der Segelschiffe von 5,2 auf 3,4 und der der Seelichter von 3,4 auf 2,1 Proz. gefallen. Das Alter der Schiffe betrug bei 858 über 30 Jahre, 1101 von 20 bis 30 Jahre, bei 919 von 10 bis 20 Jahre, bei 639 von 5 bis 10 Jahre und bei 396 unter 5 Jahren.

Der Bestand der Welt-handelsflotte an Dampf- und Motorschiffen betrug nach diesen Angaben am 1. Juli 1931 29 952 Schiffe mit 68 723 000 Bruttoregister-tonnen Raumgehalt gegen 29 996 Schiffe mit 68 024 000 Bruttoregister-tonnen am 1. Juli 1930. Die Abnahme der Schiffszahl beträgt 44, die Zunahme des Raumgehalts 699 000 Bruttoregister-tonnen. Setzt man den Raumgehalt der Schiffe im Jahre 1914 gleich mit 100 fest, so stieg der Schiffsraum bis 1931 in den Vereinigten Staaten auf 368, in Japan auf 250, Niederlande auf 208, Italien auf 200, Norwegen auf 163, Frankreich auf 154, Schweden auf 152, Dänemark auf 140 und Großbritannien auf 105. In Deutschland fiel er auf 78.

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 5

Berlin, den 6. Februar 1932

3. Jahrgang

Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter, an euch geht der Ruf!



Streu dem sozialistischen Grundsatz, daß die Produktionsmittel in die Hand der Allgemeinheit gehören, führen wir seit Jahren den Kampf gegen die Angriffe des privaten Kapitals auf die Gas- und Elektrizitätswerke. Selbst die Wasserwerke als uraltestes Gebiet der öffentlichen Versorgung waren und sind vor den Zugriffen privater Ausbeuter nicht mehr sicher. Dem privaten Kapital sind die Ueberschüsse öffentlicher Werke ein Dorn im Auge. Es versucht deshalb, die Ueberschüßbetriebe in seinen Besitz oder in seine Abhängigkeit zu bringen. Gegen all diese Bestrebungen führen wir seit Jahren den schärfsten Kampf, und — wie wir heute feststellen dürfen — nicht ohne Erfolg. Die Pläne der Ruhrindustrie auf Versorgung des gesamten Reichsgebietes mit Ruhrgas sind zurückgeschlagen, und die Uebernahme öffentlicher Elektrizitätswerke in Privatbesitz ist in ihrem Anfangsstadium stecken geblieben. Rund 460 Millionen Reichsmark Ueberschüsse der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, welche im Jahre 1929/30 erzielt wurden, sind an die Allgemeinheit zurückgeflossen und haben den Städten auf diese Art die Möglichkeit gegeben, ihre Wohlfahrtssetats zu stärken und den Kernsten der Armen zu helfen. In unserem Kampfe fanden wir die stärkste Unterstützung bei den Funktionären der Sozialdemokratischen Partei.

Nun haben die privaten Ausbeuter Hilfstruppen gefunden, welche die jetzige Zeit der Arbeitslosigkeit benutzen, um weite Volkskreise nicht nur gegen die Gewerkschaften und die Partei, sondern auch gegen die Staatsform aufzuheben. Gegen diese Hege sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen, ist Aufgabe aller Gewerkschaftler, insbesondere unserer Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter. Die Werksarbeiter als Gründer unseres alten Verbandes haben in jahrzehntelangem Kampfe Opfer um Opfer gebracht und damit bewiesen, daß sie den Sinn der modernen Arbeiterbewegung erkannt haben. Geschlossenen Handelns hat es jahrzehntelang bedurft, um in den Werken Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die — gemessen an anderen Arbeitnehmergruppen — als mustergültig zu bezeichnen sind. Gewiß ist auch hier unser Ziel nicht erreicht. Trotz aller Maschinenarbeit ist die Arbeit hart und schwer und gibt dem Werksarbeiter mit seiner Familie nur eine bescheidene Existenz. Aber vorwärts gegangen ist es trotzdem. Noch vor einem Jahrzehnt galt in den Werken bis auf geringe Ausnahmen die zehnstündige Arbeitszeit. Wächterschichtarbeiter arbeiteten in 12stündiger täglicher Schicht sieben Schichten pro Woche. 18- bis 24stündige Arbeitszeit bei Schichtwechsel gaben dem Arbeiter keinen Sonn- und Feiertag mehr. Bis zur Staatsumwälzung wurde jede freie Meinungsäußerung unterdrückt und das Lesen sozialistischer Zeitungen oder Zeitschriften in öffentlichen Betrieben führte zur Entlassung. Abhängig von den Launen und der Willkür seiner Vorgesetzten war der einzelne selbst in seiner Häuslichkeit nicht sicher vor den Spürhunden des

alten Obrigkeitsstaates. Unsere alten Kollegen in den Werken können davon ein Lied singen. Unsägliche Entbehrungen und Schikanen mußten alle diejenigen mit ihren Familien tragen, welche die Fahne der modernen Arbeiterbewegung vorantrugen. Lieft man die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, so wirken die Entsaugungen und Opfer, welche ihre Gründer gern im Interesse der unterdrückten Klasse auf sich nahmen, geradezu erschütternd.

Wenn dies alles noch einmal ins Gedächtnis zurückgerufen wird, dann aus dem einfachen Grunde, weil ein Teil der deutschen Arbeiterschaft die Fortschritte auf kulturellem und sozialem Gebiet nicht mehr sieht oder gar nicht sehen will. Auch die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe sind heute freie Arbeiter. Rechtlich gleichgestellt mit der großen Masse des Proletariats, ein Glied in jener unzerreißbaren Kette, welche das Errungene verteidigt und in Zeiten wirtschaftlicher Konjunktur weiter ausbauen wird. Zunächst heißt es allerdings, das Errungene zu verteidigen. Die Arbeitgeberverbände kündigen uns die Tarife auf. Sicherlich nicht, um den sozialen Inhalt der Tarife zu verbessern. Wenn wir heute im Laufe des Jahres einige Tage oder sogar Wochen auf Urlaub gehen können, um auszuspannen von der täglichen Fron, so dürfen wir nicht vergessen, daß es nicht immer so war. Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen und an Feiertagen ist für Millionen von Arbeitsbrüdern und -schwestern noch heute ein erstrebenswertes Ziel — für unsere Werksarbeiter schon seit Jahren tariflich verankert. Noch hat der größte Teil der Beschäftigten in den Werken Ruhegeldberechtigung, welche sicherlich noch ausbaubedürftig ist, die den einzelnen aber davor schützt, ins Armenhaus gestoßen zu werden, wenn seine körperlichen oder geistigen Kräfte versagen. Dies alles muß denen gesagt werden, welche uns heute noch fernstehen und die Dorkriegsverhältnisse entweder nicht kannten oder vergessen haben. Die uns heute noch fernstehen oder im gegnerischen Lager gegen Gewerkschaften und Partei arbeiten, besorgen die Geschäfte der Ausbeuter, welche neben unseren Tarifen auch die soziale Gesetzgebung zertrümmern wollen. Kollegen Werksarbeiter, bekämpft deshalb mit allen zulässigen Mitteln die Schädlinge der Arbeiterbewegung! Lauheit und Indifferentismus kann es in den Werksbetrieben nicht geben, wenn jeder Verbandskollege seine Pflicht tut. Noch sind 80 Proz. der Gas- und Wasserwerksarbeiter einheitlich in unserm Verbandsorganisiert, und die Elektrizitätswerksarbeiter wetteifern ihnen nach, um auch für diese moderne Industriegruppe gleiche Organisationsverhältnisse zu schaffen. Kollegen, sorgt für ein 100prozentiges Organisationsverhältnis. Die Gruppe der GEM.-Werksarbeiter gehört zu der bestorganisierten Gruppe nicht nur innerhalb unseres Verbandes, sondern der Arbeiterschaft überhaupt. An diese Gruppe geht unser Ruf:

„Schließt die Reihen und kämpft in geschlossener Front gegen die immer unerschämter auftretende Reaktion!“

Die Zeit ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Beauftragten der Schwerindustrie — Hitler und seine Nazis — werden auch im Jahre 1932 nicht an die Macht gelangen. Dafür wird die Arbeiterschaft Sorge tragen. Wenn es seither gelungen ist, die Faschisten von der Regierung fernzuhalten, dann ist dies ein Erfolg langjähriger Erziehungsarbeit in Gewerkschaften und Partei. Ohne diese Erziehung der Massen und die geschlossenen Arbeiterorganisationen wäre die Republik längst zusammengebrochen. Hitler und seine Trabanten wären am Ruder und die Arbeiterbewegung wäre um Jahrzehnte zurückgeworfen. Wenn auch die Regierung die notwendige Aktivität gegenüber der Abenteuerpolitik Hitlers und Genossen vermissen läßt, wird doch das Proletariat dafür sorgen, daß trotz alledem das Dritte Reich nicht

kommt. Die Gewerkschaften haben keine Angst vor der nationalen „Arbeiterpartei“, deren Führer sich aus Prinzen, Spießbürgern und abgetakelten Offizieren zusammensetzen. Die irreführenden Mitläufer dieser Bewegung müssen in unserem Sinne aufgeklärt werden, und in Zeiten aufsteigender Konjunktur wird der ganze Spuk der Hitlerei an seiner Ideenlosigkeit zugrunde gehen. Zunächst aber heißt bereit sein alles. Dies gilt insbesondere für unsere Kollegen Werksarbeiter. Wir reihen uns ein in die große Front aller Gegner des Faschismus. Kampf um wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Berufskollegenchaft gegen Kapitalismus und Faschismus, für Sozialismus ist unsere Losung!

Die Reichsachgruppeneitung GEW.

Josef Orlopp.

Maßnahmen der preußischen Regierung zur Entlastung des Arbeitsmarktes

Das preußische Finanzministerium hat in Verbindung mit den übrigen Ministerien und unter Anhörung der Arbeitnehmerverbände in Nr. 2 des Preußischen Befoldungsblattes vom 11. Januar 1932 eine Verordnung erlassen, die Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes enthält.

Unter I dieser Verordnung wird die Leistung von Ueberstunden für längere zusammenhängende Zeiträume verboten. Ausnahmen können nur in Einzelfällen vom Fachminister und mit Zustimmung des Finanzministeriums zugelassen werden. Dieses Verbot war notwendig, weil sich herausgestellt hat, daß leider bei den Behörden mitunter noch außerordentlich viel Ueberstunden gemacht werden. Wir haben festgestellt, daß in einzelnen Dienststellen in einem Monat bei einer verhältnismäßig geringen Arbeiterzahl bis zu 400 Ueberstunden gemacht wurden. Es ist sogar bei einer Regierungsstelle vorgekommen, daß in einem Jahr von dem Chauffeur eines Regierungspräsidenten beinahe mehr Ueberstunden gemacht worden sind, als die normale Arbeitszeit beträgt, angeblich, weil sonst das Leben des Herrn Regierungspräsidenten gefährdet sei. Ein derartiger Ueberstundenunfug kann selbstverständlich nicht geduldet werden. Es muß von unseren Betriebsvertretungen alles getan werden, um diesen Mißständen mit eiserner Energie zu begegnen.

In IV dieser Verordnung wird Ruhegehaltsempfängern, die ein Ruhegehalt von monatlich 150 Mk. und mehr beziehen, die Beschäftigung auf Arbeiterdienstposten für die Zukunft verboten. Hat der Ruhegehaltsempfänger Familienangehörige zu unterhalten, so erhöht sich der Satz von 150 Mk. um weitere 50 Mk. für jedes zu unterhaltende Familienmitglied. Als Ruhegehaltsempfänger im Sinne dieser Verfügung gelten alle Empfänger von Ruhegehalt, Ruhegeld, Ruhe-lohn, gleichviel von woher die Unterstützungssätze bezogen werden.

Ziffer V der Verfügung ordnet an, daß über 65 Jahre alte Lohnempfänger und Lohnempfängerinnen in Zukunft nicht mehr beschäftigt werden dürfen. Die zurzeit Beschäftigten sind spätestens am Schlusse der Lohnwoche, in die der 31. März 1932 fällt, zu entlassen. Für die Entlassung sind die tariflichen Kündigungsbestimmungen und die besonderen gesetzlichen Kündigungsaußerschriften, § 32 des TAR, für die Betriebsratsmitglieder und -obmänner, ferner das Betriebsrätegesetz zu beachten. Ausnahmen sind nur zulässig für arbeitsfähige, über 65 Jahre alte Lohnempfänger, auch weibliche, die die Anwartschaft auf die zusätzliche Altersversorgung gemäß § 5 des Abkommens vom 9. Oktober 1928 noch nicht erfüllt haben. Dieses Abkommen enthält die Uebergangsbestimmungen anlässlich der Errichtung der Zusatzversicherungsanstalt, nach denen Arbeitnehmer eine laufende Unterstützung erhalten können, sofern sie mindestens 10 Jahre beim preußischen Staate tätig waren und in einem invalidenversicherungspflichtigen Verhältnis gestanden haben.

Bei dieser Gelegenheit wird von den Betriebsvertretungen ganz besonders darauf geachtet werden müssen, daß die Ausscheidenden ihre Unterstützung auch wirklich erhalten. § 5, der diese Frage regelt, lautet:

„Den gemäß § 1 letzter Halbsatz und § 2 letzter Halbsatz Versicherten, die bei Eintritt der Invalidität 10 Jahre in einem invalidenversicherungspflichtigen Dienstverhältnis bei der preußischen Staatsverwaltung zurückgelegt, aber die Wartezeit von 5 Jahren (vgl. § 35 Abs. 1 der Satzung) noch nicht erfüllt haben, wird gegen Abtretung ihres Anspruchs auf Bel-

tragsrückgewähr (vgl. § 34 Abs. 1) ab 1. April 1929 eine laufende Zusatzrente gewährt werden. Diese wird betragen für die Versicherten der Versicherungs-kategorie 1: 200 Mk. jährlich, Versicherungs-kategorie 2: 240 Mk. jährlich, Versicherungs-kategorie 3: 280 Mk. jährlich, Versicherungs-kategorie 4 und darüber: 300 Mk. jährlich. Die Auszahlung erfolgt durch die Staatsdienststelle, in deren Beschäftigung der Versicherte zuletzt gestanden hat. Für diese vom preußischen Staat zu gewährende Zusatzrente werden die §§ 41 bis 47 der Satzung der „Zusatzversicherungsanstalt“ entsprechend Anwendung finden.“ — (Das gesamte Abkommen ist im Preuß. Verordnungsblatt, Jahrg. 1928 S. 288 zum Abdruck gekommen.)

Ziffer 6 verbietet bzw. schränkt ein die Beschäftigung verheirateter Lohnempfängerinnen bzw. Neueinstellungen verheirateter Lohnempfängerinnen dürfen auch nicht zu vorübergehenden Aushilfen und Vertretungen erfolgen. Bei verheirateten Lohnempfängerinnen, die sich bereits im Betriebe befinden, soll mit der gesetzlichen Betriebsvertretung geprüft werden, ob nicht in dem Haushalt der Betroffenen bereits ein ausreichendes Arbeitseinkommen vorhanden ist und die Entlassung einer solchen Lohnempfängerin keine unbillige Härte mehr darstellt.

Es ist nun Aufgabe unserer Betriebsvertretungen, alle diese Bestimmungen genau zu überwachen und bei der Durchführung mitzuhelfen. Es ist erfreulich, daß im gleichen Befoldungsblatt auch verfügt wird, daß selbstverständlich für alle die zur Entlassung kommenden Personen und auch für das Ausfallen der Ueberstunden Neueinstellungen vorzunehmen sind und entlassene Staatsarbeiter dabei bevorzugt berücksichtigt werden müssen.

Zur Frage der Weiterbeschäftigung von Ruhegehaltsempfängern sei noch insbesondere darauf verwiesen, daß hier von zweierlei Gesichtspunkten aus vorgegangen werden muß. Einmal müssen solche Ruhegehaltsempfänger entlassen werden, deren Einkommen mindestens 150 Mk. beträgt, zusätzlich der 50 Mk. für jedes zu unterhaltende Familienmitglied, zweitens müssen auch diese Ruhegehaltsempfänger dann zur Entlassung kommen, wenn sie das 65. Lebensjahr überschritten haben, und zwar auch dann, wenn ihr Ruhegehalt keine 150 Mk. monatlich beträgt.

Wir sind überzeugt davon, daß die hier von der preußischen Regierung getroffene Maßnahme nicht überall die reiflose Zustimmung unserer Kollegenchaft finden wird. Dem Standpunkt der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit aus gesehen muß man diese Maßnahme gutheißen. Man kann nur immer wieder sein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß das Reichsarbeitsministerium für die gesamte deutsche Wirtschaft nicht längst eine ähnliche Anordnung erlassen hat.

Preußen hat hier auch im gleichen Befoldungsblatt die Einführung der 48 stündigen Arbeitszeit für das Pflegepersonal in seinen Universitätskliniken, die mit der Organisation vereinbart worden ist, veröffentlicht. Es wäre zu wünschen, daß dieses gute Beispiel in allen kommunalen, staatlichen und provinziellen Heil- und Pflegeanstalten entsprechende Nachahmung finden würde. Vielen Tausenden — und auf die Gesamtwirtschaft Deutschlands übertragen wahrscheinlich vielen Hunderttausenden — von Menschen, die jetzt zum Teil seit Monaten und Jahren der Arbeits- und Erwerbslosensfürsorge unterliegen, könnte damit wieder eine neue Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden.

So gesehen ist die preußische Verordnung eine Tat.

D. St.

Projektion im Bühnenbild

Im hessischen Landestheater in Darmstadt wird seit über zwölf Jahren von der Projektion im Bühnenbild in größtem Umfange Gebrauch gemacht, und es ist deshalb noch niemand entlassen worden. Die Kunst mit Projektionen zu arbeiten — und es ist eine Kunst — liegt darin, eine organische Eingliederung in das zweckentsprechend aufgebaute Bühnenbild zu vollziehen. Der Bühnenbildentwurf muß nicht nur schon von Anfang an auf die Verwendung von Projektion eingestellt sein, sondern es muß auch im Verlaufe seiner ganzen technischen Ausführung, sowohl in den Werkstätten als auch auf der Bühne, darauf Rücksicht genommen werden. Sehr gute Erfolge mit Projektionen im Bühnenbild, die nahezu als vollendet betrachtet werden können, wurden bei uns erzielt in „Der fliegende Holländer“, „Wozzeck“ (Oper), desgl. in Bruckners „Elisabeth von England“ und noch vielen mehr. Auch kommt es sehr darauf an, wie und womit projiziert wird. Hier ist das Beste gerade gut genug. Ein schlechtes Projektionsbild, mit einem Apparat gleicher Güte projiziert, wird nie zu einem zufriedenstellenden Resultat führen. Der größte Fehler ist gewöhnlich der, daß mit unzulänglichen Mitteln und mangelhaften Kenntnissen gearbeitet wird, und zum Schluß vergeht jedem daran Beteiligten die Lust. Dann ist gewöhnlich der Bühnenmaschinist der Leidtragende, denn oft muß noch in letzter Minute die so schön gedachte, jedoch mißratene Projektion einer realen Kulissen-dekoration weichen.

Daß man oft auch bei ganz unwichtigen und unscheinbaren Szenen mit Hilfe der Projektion die besten Erfolge erzielen kann, soll folgendes zeigen. Die Szene stellte ein gut bürgerliches Schlafzimmer dar. Es war so aufgebaut, daß die fehlende vierte Wand als Fenster gelten konnte und sollte. In der Mitte der Szene war eine Tür. Hinter der Tür war nun ein Projektionsapparat aufgebaut mit einer naturgetreuen Fensterprojektion im Schattentriß. Die Schauspieler hatten sich nun bei offener Szene auszukleiden und ins Bett zu legen. Da so etwas nun immer eine heikle Sache und die Stimmung im Publikum mitunter unberechenbar ist, bzw. das Gegenteil von dem bewirkt wird was eigentlich sein soll, wurde im entsprechenden Augenblick von einem Schauspieler ein Shirtingvorhang vor die Szene gezogen, der einem Fenstervorhang ähnlich war. Im gleichen Augenblick wurde die Bühne eingedunkelt und rückwärts die Tür aufgemacht, damit die Projektion auf dem Vorhang sichtbar wurde. Es war im selben Moment bei dem Zuschauer der Eindruck vorhanden, wie er beabsichtigt war, d. h. der Fenstervorhang ist vorgezogen worden und das Licht der Schlafzimmerampel wirft den Fenster Schatten. In dem Lichtschein des Projektionsapparates spielten nun die Beteiligten ihre Entkleidungsszene mit großem, durchaus zum Stück passendem Heiterkeitserfolg weiter. Ob dies der Fall bei vollständig offener Szene und ohne die Fensterprojektion gewesen wäre, sei dahingestellt. Dieses kleine Beispiel sei hier nur angeführt, weil es für die richtige Verwendung einer Projektion von Wert ist und auch an der kleinsten Bühne ausgeführt werden kann. Auch die Verwendung des Lichtbildes als Hintergrundprojektion an Stelle eines gemalten Projektes wird in manchen Fällen gegeben sein. Es bedeutet in diesem Falle eine Materialersparnis, die uns nur willkommen sein sollte, aber niemals wird hierdurch jemand brotlos werden. Denn wo ein Hintergrund gebraucht wird, muß auch ein dekorativer Vordergrund vorhanden sein, und der läßt sich nicht durch Projektion ersetzen.

Zusätzlich zur Dekoration und zur Verlebendigung, Abwechslung und Unterstützung des Bühnenbildes ist die Projektion in vielen Fällen wohl sehr gut zu verwenden; aber ganz allein für sich doch wohl nie. Jrgend etwas muß immer noch dabei sein.

Was hat es für einen Zweck, sich gegen den Fortschritt der Technik zu stellen? Die Zeiten der Maschinenstürmer sind endgültig vorbei. Die Technik aufhalten wollen, wäre dem Kampf des bekannten Ritters gegen die Windmühlenslügel gleichzustellen. Trachten wir vielmehr danach, sie uns zu unser aller Nutzen untertan zu machen. Also her damit, ausgenutzt und den Anschluß nicht verpaßt!
C. S.

Wirf die gelese „Gewerkschaft“ nicht weg, sondern gib sie dem unorganisierten Kollegen, damit du ihn für den Verband gewinnst! Du stärkst damit die Eisene Front.

GAS • ELEKTRIZITÄT • WASSER

Die Spruchabteilung des Polenschäden-Kommissars erkannte der Deutschen Continentalen Gasgesellschaft in Dessau für ihr ehemaliges Gaswerk in Warschau eine Entschädigung in Höhe von 52,5 Millionen Mark zu. Auf Vorschlag des Polenschäden-Kommissars hatte im Einvernehmen mit der geschädigten Gesellschaft Prof. Schmalenbach sich gutachtlich dahin geäußert, daß der Entschädigungsanspruch etwa 52 Millionen Mark, berechnet auf September 1925, betrage. Die Wertermittlungen der sachmännischen Gutachter der Gesellschaft waren auf wesentlich höhere Beträge gekommen. Die Gesellschaft hat auf ein Rechtsmittel gegen dieses Urteil verzichtet. Damit ist die Entscheidung der Spruchstelle rechtskräftig geworden. Die der Dessauer Gesellschaft danach zukommenden 52,5 Millionen Mark sechszehnteligen Reichsschuldbuchforderungen, fällig in gleichen Jahresraten von 1941 bis 1948, sind in das Reichsschuldbuch eingetragen. Der aufgelaufene Zinsbetrag von rund 4,5 Millionen Mark ist an die Gesellschaft ausgezahlt worden.

Weltkredit für Ruhrkraftwerk. Der Völkerbund interessiert sich seit einiger Zeit für die Finanzierung großer volkswirtschaftlich wichtiger Investitionsprojekte in den verkehrsreichen Staaten. Der Ruhrverband als öffentlich-rechtlicher wasserwirtschaftlicher Verband hat daher den schon in der Durchführung befindlichen Plan zum Bau eines großen Stausees bei Essen dem zuständigen Völkerbundsanspruch vorgelegt, um gegebenenfalls auf diesem Wege die sonst schwer zu beschaffenden Mittel für die Vollendung des Stausees zu erhalten. Die gesamte Bau Summe ist auf etwa 13 Millionen Mark veranschlagt. Rund 4 Millionen Mark sind bisher für die Geländeankäufe, Löhne usw. ausgegeben worden und die vorhandenen Mittel sind erschöpft. Dieser Betrag würde auf absehbare Zeit wertlos investiert sein, wenn es nicht gelingt, flüssige Mittel heranzuziehen. Die Verzinsung und Tilgung der Anleihe soll aus den Pachteinahmen des durch das projektierte Kraftwerk erzeugten elektrischen Stromes sichergestellt werden. Dorerst ist eine Summe von etwa 7 Millionen Mark angefordert worden.

Gemeinsamer Gasbezug Mainz—Wiesbaden? Zwischen den Städten Mainz und Wiesbaden werden zurzeit Verhandlungen geführt zwecks Zusammenlegung der beiden städtischen Gaswerke. Eine Neuregelung der Gasversorgung ist sowohl in Wiesbaden als in Mainz notwendig, da beide Werke an der Grenze der Leistungsfähigkeit der Gasherstellung angelangt sind. Für Wiesbaden ist eine Neuregelung auch deshalb notwendig, weil das Wiesbadener Werk völlig veraltet ist und ein Neubau große Kapitalinvestitionen verschlingen würde. Das Projekt geht dahin, daß für beide Städte gemeinsam, wie bei der Strom-Kraftwerk-AG., das Gas in Mainz hergestellt werden soll und von Mainz aus soll der gesamte Mainz-Wiesbadener Bezirk versorgt werden. In Wiesbaden verbleibt das Wiesbadener Werk als Station, die im Falle der Not oder technischer Störungen die notwendige Versorgung aufnehmen soll. Die Erstellung dieser Gemeinschaftsarbeit würde einen Kostenaufwand von etwa einer Million Mark erfordern, jedoch ist die Sicherstellung dieser Summe vorhanden, so daß trotz dieser neuen Geldaufwendung die beiden Städte nicht belastet werden. Die Wirtschaftsberatungsstelle deutscher Städte fertigt zurzeit ein Gutachten über die Rentabilität einer Zusammenarbeit an. Es steht jedoch schon jetzt fest, daß die Gasherstellung bei dieser Zusammenarbeit billiger werden würde als bei getrenntem Arbeiten. Die Körperschaften der Städte werden sich demnächst mit dem Projekt beschäftigen. In einer Pressebesprechung in Mainz gab Bürgermeister Hiemenz einen Ueberblick über die Probleme Eigenproduktion oder Ferngasversorgung evtl. auch Produktion in Zusammenarbeit mit Wiesbaden in einem Gemeinschaftswerk. Die ersten Pläne der Hekoga unter Beibehaltung des Mainzer Gaswerkes als Stützpunkt, die hessischen Städte mit Ferngas der Ruhr zu versorgen, seien durch die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung zurzeit nicht realisierbar. Trotzdem sei durch die Arbeit der Hekoga viel wertvolles Material über die Gasbewirtschaftung geschaffen worden und auch für die Zukunftsentwicklung in der hessischen Gasversorgung sei der Bestand der Hekoga wertvoll.

RÜNDSCHAU

Straßenreinigung in Wien. In Wien werden jetzt alle Straßen mit festgebundener Straßendecke bei Nacht einer gründlichen Reinigung unterzogen. Motorisierte Wasserwagen mit Brausen, Kehrwalzen und Kehrmaschinen vollziehen diese Arbeit. Ein Kehrregulat aus den drei erwähnten Elementen bestehend, legt in einer Nacht durchschnittlich 70 Kilometer zurück. Die jährliche Straßenkehrmenge beträgt rund 150 000 Kubikmeter. Aber nur mit Mühe kann die Stadt den Stand von 1100 ständigen Straßenarbeitern aufrechterhalten und den Aufwand von rund 8 Millionen Schilling für Straßenreinigung, ohne Schneefäuberung, bestreiten.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Die 1. Tagung der Reichsfachkommission Gärtnerei, Park, Friedhof

Der Zusammentritt der Fachkommission der Reichsfachgruppe Gärtnerei, Park, Friedhof war zunächst für den 17. Dezember v. J. vorgesehen, doch mußte die Sitzung wegen der durch den Erlaß der Notverordnung vom 8. Dezember bedingten Sturzwele an Tarifverhandlungen und damit zusammenhängenden Arbeiten vertagt werden. Die Tagung fand nunmehr am 25. Januar statt.

Als Mitglieder der Fachkommission waren anwesend: Winter (Berlin), Runge (Hamburg), Sprunk (Königsberg), Kieß (Breslau), Klatt (Berlin), Poschan (Lübeck), Friedrichs (Hannover), Zinke (Essen), Nettekoven (Köln), Fuchs (Frankfurt), Dreesbach (Mannheim), Schulze (München), Mann (Erfurt), Leschnik (Leipzig), Schuchardt (Quedlinburg). — Ferner nahmen teil die Kollegen Busch, Löcher, Lehmann von der Fachgruppenleitung, Müntner und Kuchenbecker vom Verbandsvorstand, Polenske und Thull vom Abteilungsvorstand, Maschke vom Verbandsbeirat, Kirsch vom Jugendsekretariat, Mielke und Bernotat von der Ortsverwaltung Berlin.

Nach Einleitung und Begrüßung durch den Kollegen Busch hielt Kollege Müntner eine Ansprache, um Zweck und Wert dieser Tagung zu würdigen. Er knüpfte an die denkwürdige Sitzung des Verbandsbeirates im ehemaligen Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter vor 5 Jahren an, in der Leipzig vom ADGB zur Verschmelzungsfrage referierte und deren Lösung noch recht schwierig erschien. Heute ist nun schon die Eingliederung in den Gesamt-Verband in jeder Beziehung und zur allseitigen Befriedigung erfolgt. Nach dankbarem Gedenken der besonderen Bemühungen des Kollegen Müntner um weitest gehende Berücksichtigung unserer beruflichen Eigenarten stellt Kollege Busch fest, daß auch in der zurückliegenden Geschäftsperiode seit der Konferenz von Kochel unsere Wünsche beim Verbands- und beim Abteilungsvorstand stets Verständnis und Erfüllung gefunden haben. Diese Feststellung erfährt durch die Konferenz einmütige Zustimmung.

Darauf unterzieht Kollege Busch die Tarifverhältnisse in der Erwerbsgärtnerei, wie sie sich durch die Notverordnung gestaltet haben, einer eingehenden Untersuchung. Es war möglich, alle Tarife zu halten, außerdem neue Abschlüsse zu erreichen in Hamburg und Erfurt. Die dabei beobachtete Taktik werde auch weiterzuführen sein, wenn etwa die Lage beim Ablauf der Dierten Notverordnung noch kritischer werden sollte. Hierbei sei die ständige Betrachtung der Preisgestaltung und des Arbeitsmarktes von größter Wichtigkeit. Zum Reichsmanteltarif der Gemeindearbeiter sei zu fordern die Beseitigung der Ausnahmebestimmung über die Arbeitszeit in Gärtnereien.

Ueber den Reichstarif für Blumengeschäfte berichtet Lehmann.

In der Aussprache wird die Methode der Handelsgärtner, ihre Mitgliedschaft im Reichsverband zu leugnen, beleuchtet und eine schon beginnende Belebung des Arbeitsmarktes erklärt aus der Tatsache, daß Gärtnergehilfen jetzt wieder die allerbilligsten Arbeitskräfte sind. Sie treten an die Stelle ungelernter Arbeiterinnen. Ferner werden Ankündigungen der Schlichter, daß nach dem Ablauf der Notverordnung das „freie Spiel der Kräfte“ in den Tarifkämpfen wieder einsetzen werde, gewürdigt. Besonders kritisch erscheint die Situation in den Baumschulen. Es wird die Ansicht vertreten, daß tatsächlich gut fundierte Arbeitgebervereinigungen als Tarifpartei sich besser erweisen als die meist wirklich unfähigen Orts- und Landesgruppen im Reichsverband der Gartenbauern. — In den Handelsgärtnereien und Blumengeschäften müsse wieder mehr auf die Einhaltung der Sonntagsruhebestimmungen gesehen werden. — Die Beseitigung der Ausnahmebestimmung im RMT wird allseitig gefordert und ein dahingehender Beschluß gefaßt.

Es folgt ein Referat des Kollegen Busch zum Thema Arbeitsvermittlung, in dem untersucht wird, ob sich die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit für uns ergäbe, auch Facharbeitsnachweise einzurichten. Es besteht kein Zweifel über die Beweggründe, die den christlichen Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer bei der Errichtung seines Arbeitsnachweises geleitet haben. Ebenso zweifellos ist es, daß mit Mitteln, die Franz Behrens nach seinen alten Methoden wieder aufgezo-gen, den arbeitslosen Kollegen nicht geholfen werden kann. Wollten auch wir einen Stellennachweis errichten, müßte und würde das in erster Erfüllung der sich ergebenden Pflichten und mit entsprechend großem Kräfteaufwand geschehen, der aber zweifellos in keinem Verhältnis zu den

möglichen Erfolgen stände. — Dem Kollegen Friedrichs wird über die guten Erfolge und günstige Einflußnahme berichtet, die durch unsere Stellenvermittlungstätigkeit in Hannover erreicht werden konnten. Nach eingehender Aussprache wird dem Vorschlage Buschs zugestimmt, die Einrichtung eines Facharbeitsnachweises zurückzustellen, bis sich wirkliche Aussichten auf praktische Erfolge erweisen.

Kollege Busch gibt dann eine Uebersicht über das zusammengetragene Material gegen die Maßnahmen des Reichsverbandes zur Auflösung der öffentlichen Betriebe, die zu weiterer Verschärfung geführt haben. Ein Teil des Materials ist zu einer Abhandlung in der Zeitschrift „Die Gemeinde“ verarbeitet und ist eine zweckentsprechende Verwendung eingeleitet. Dem groß angelegten Angriff des Reichsverbandes auf die Friedhofsgärtnereien der Stadt Köln hat durch eine vorzügliche Abwehr des Betriebsrates eine Niederlage bereitet werden können und hat weiteres Material erschlossen. Busch stellt fest, daß der Reichsverband der Gartenbauern jetzt wohl auch in Gegensatz zu den Erwerbsgärtnern gekommen, aber für unsere Kampffront nicht zu gewinnen ist. Dagegen gliedern sich ein die Kollegen in den unteren Beamten- und Angestelltenstellungen. — In der ausgedehnten Aussprache, an der außer fast allen Kommissionsmitgliedern auch die Kollegen Dittmer und Mielke sich beteiligen, wird auch das Problem der Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen gründlich erörtert. Busch stellt abschließend unter einmütiger Zustimmung der Tagung fest, daß unsere Fachgruppe diese Dinge nur vom wirtschaftlichen Standpunkte der Arbeitnehmer aus ansehen und sich dementsprechend einstellen könne. Wichtiger sei aber unter allen Umständen die Abwehr der Maßnahmen der privaten Unternehmer und dazu die weitere eifrige Sammlung geeigneten Materials.

Siedlungsfragen behandelte unser Kollege Albrecht, Oberregierungsrat im Landwirtschaftsministerium. Er zeigte die Entwicklung der ländlichen und der gärtnerischen Siedlung auf und erklärte die Umstände, die dazu geführt haben, daß auch für Gärtnerstellen mit Gemüsebau keine öffentlichen Gelder mehr gegeben werden. Er vertritt die Ansicht, daß die Bedeutung der Erwerbslosen-siedlung sich noch verstärken werde. Von einer Aussprache wurde im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit abgesehen.

Ein- und Ausfahrfragen in Verbindung mit den Maßnahmen zölpolitischer Art der verschiedenen Länder besprach darauf Kollege Lehmann. Im Hinblick auf wahrscheinliche Auseinandersetzungen in der „Notgemeinschaft des deutschen Gartenbaues“ warf er die Frage auf, ob und in welcher Richtung etwa von dem bisherigen grundsätzlichen Konsumentenstandpunkt der Gewerkschaften her Entgegenkommen gezeigt werden könnte. Dittmer und Bernotat betonen den hochpolitischen Charakter dieser Fragen und die grundsätzliche Einstellung der Gewerkschaften. Albrecht, Busch und Polenske anerkennen die Beachtung aller dieser Momente, vertreten jedoch die Meinung, daß die Probleme auch vom beruflichen Standpunkt untersucht werden müssen. Vorsichtige Abwägung aller Arbeitnehmerinteressen wird vom Referenten als selbstverständliche Notwendigkeit erachtet.

Darauf berichtete Kollege Busch über den Erfolg unserer Werbung für das Gärtnerei-Fachblatt. Diese aber noch stärker in die Kreise der städtischen Gartenkollegen zu tragen, erscheint notwendig. Busch hält es ferner für erforderlich, den Beschluß der Konferenz in Kochel betreffend die Mitgliedschaft in den Lokalen Vereinen usw. zu unterstreichen und zu bekräftigen. Es gelte Schwierigkeiten zu beseitigen, die der Bildung örtlicher Fachgruppen oft im Wege stehen. Kollege Kirsch betont die Notwendigkeit stärkerer Werbung für und durch die Jugendlichen und gibt verschiedene Beispiele aus seiner Praxis als Jugendsekretär über Art und Weise der Werbung.

Am Schluß der arbeitsreichen Tagung konnte der Fachgruppenleiter, Kollege Busch, mit Genugtuung feststellen, daß die seit der Konferenz in Kochel getroffenen und vorgesehenen Maßnahmen zur Wahrung der Interessen unserer Kollegenschaft die volle Billigung der Fachkommission gefunden haben. Mit einem freudig aufgenommenen Appell um weitere erspriechliche Mitarbeit klang die Tagung aus.

Die wichtigsten Bestimmungen über die Bürgersteuer

Die Bürgersteuer wird für das Jahr 1931 erhoben. Bürgersteuerpflichtig ist jede Person, die am 10. Oktober 1931 das 20. Lebensjahr überschritten hat und selbständig auf eigene Rechnung lebt, sowie Personen, die eigenes Einkommen haben und im Haushalt der Eltern oder Verwandten leben. Die Bürgersteuer muß auch für die Ehefrau entrichtet werden, sofern die Ehegatten nicht dauernd getrennt voneinander leben. Für die Ehefrau ist die Hälfte der Steuer zu entrichten, die entsprechend dem Einkommen auf den Ehemann entfällt. Für den 1½fachen Steuerbetrag haften die Ehegatten gemeinsam.

Von der Zahlung der Steuer sind befreit:

1. Wer am Stichtag (10. Oktober) vom Wahlrecht ausgeschlossen war.
2. Wer am Fälligkeitstage der Steuer (das ist bei einem Zuschlag von mehr als 250 Proz. der 10. und 24. der Monate Januar, Februar, März, April, Mai und Juni 1932) Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung empfängt.
3. Wer am Fälligkeitstage öffentliche Fürsorge bezieht.
4. Wer am Fälligkeitstage Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung empfängt und dessen gesamtes Jahreseinkommen nicht 900 Mk. übersteigt.
5. Wer eine Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes vom 22. Dezember 1927 bezieht.
6. Wer im Jahre 1932 voraussichtlich nicht mehr als 500 Mk. Jahreseinkommen haben wird.

Die Steuerbefreiung für die unter 2 bis 6 Genannten kommt nicht in Frage, wenn die Voraussetzungen an einem der genannten Fälligkeitstage nicht vorliegen. Ist das der Fall, wird der Steueranteil für den Fälligkeitstag erhoben. — Die Steuer ermäßigt sich auf die Hälfte des Landesbetrags, sofern der Steuerpflichtige am 1. Oktober 1930 einkommensteuerfrei gewesen ist. — Die Frage, wer einkommensteuerfrei ist, wird dahin beantwortet, daß der Pflichtige zur Einkommensteuer im letzten Vierteljahr 1930 nicht herangezogen ist. Wenn jemand durch Erhöhung der Werbungskosten oder Sonderleistungen einkommensteuerfrei geworden ist, wird er gleichfalls nur zur Hälfte des Steuerbetrags herangezogen.

Wie errechnet sich das Einkommen? Maßgebend ist das steuerpflichtige Jahreseinkommen. Arbeiten beide Ehegatten, so werden beide Einkommen zusammengezogen. Von dem Gesamteinkommen wird der Steuerbetrag errechnet. Die Steuer beträgt also in jedem Falle bei Ehegatten, selbst wenn die Ehefrau arbeitet, das 1½fache des zustehenden Steuerbetrags. — Bei der Frage, in welche Steuerstufe der Pflichtige einzustufen ist, sind von dem Gesamteinkommen der steuerfreie Einkommensteil von 720 Mk. und die Werbungskosten von 500 Mk., insgesamt 1220 Mk., abzuziehen. Für die Ehefrau werden nur die Werbungskosten in Abzug gebracht, so daß bei Eheleuten von dem Gesamteinkommen insgesamt 1720 Mk. abgesetzt werden. Der verbleibende Betrag ist maßgebend für die Einreihung in die Steuerstufe.

Beispiel: Gesamteinkommen 5500 Mk., davon abzusetzen 1720 Mk., bleibt ein bürgersteuerpflichtiges Einkommen von 3780 Mk.

Die Steuer wird in dem Falle errechnet nach der Einkommenstufe bis 4500 Mk. Jahreseinkommen. Die Absetzung des steuerfreien Einkommensanteils und der Werbungskosten ist von Bedeutung nur für die Einreihung in die Steuerstufe, da die unter 4500 Mk. befindlichen Einkommen die Bürgersteuer nach dem niedrigsten Satz zu entrichten haben. Ermäßigung und Fortfall der Steuer kommen nur in Betracht bei der Erfüllung eingangs genannter Voraussetzungen.

Die Steuer ist gestaffelt nach dem Einkommen und errechnet sich aus dem Landesbetrags und gemeindlichen Zuschlägen.

Der Landesmindestbetrag beträgt bei Einkommen bis 4500 Mk. 6 Mk., bis 6000 Mk. 9 Mk. usw.

Besitzt der Ehemann Befreiung von der Bürgersteuer, weil er das Wahlrecht nicht besitzt oder am Fälligkeitstage Arbeitslosenunterstützung bzw. Krisenunterstützung bezieht, so hat die Ehefrau den auf sie entfallenden Steueranteil zu tragen, sofern ihr Jahreseinkommen mehr als 500 Mk. beträgt. Andernfalls entfällt die Steuer. Bei der Berechnung des Jahreseinkommens werden Arbeitslosenunterstützung und sonstige einkommensteuerfreie Einnahmen nicht mitgezählt.

Für den Freistaat Sachsen ist durch Dorstelligwerden des ADGB für Kurzarbeiter und Geringverdienende folgendes erreicht: Für die Errechnung des Jahreseinkommens bei Kurzarbeitern ist zugrunde zu legen der Bruttolohn, nicht die Kurz-

arbeiterunterstützung. Beträgt der Bruttolohn nicht mehr als 10 Mk. die Woche, so erfolgt auf Antrag Erlass der Bürgersteuer, da das Einkommen im Jahre voraussichtlich 500 Mk. nicht übersteigt. — Ferner sind die Gemeinden angewiesen, Erlaßgesuche von Nichtvollbeschäftigten dann stattzugeben, wenn ihr Nettoeinkommen (Lohn abzüglich Sozial- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge, jedoch zuzüglich evtl. Kurzarbeiterunterstützung) weniger beträgt als der Fürsorgebetrag. Ob der Satz der gehobenen oder einfachen Fürsorge angewandt wird, liegt im Ermessen der Gemeinde. B.

Unsere Jugend

Winterarbeiten in unseren Jugendgruppen

Um die Heimabende für die Jugend interessant und für die Organisation nutzbringend zu gestalten, muß man sich hüten, einen Heimabend nur als „Dortragsabend“ oder nur als „Abend zur Besprechung organisatorischer Dinge“ aufzuführen. Im Mittelpunkt dieser Abende muß die Kameradschaft stehen, die gemeinsame, gesellige Arbeit — das gesellige gemeinsame Vergnügen.

Pünktlichkeit ist eine Tugend, die noch längst keine Geltung bei allen unseren jungen Kollegen hat. Warten ist ungemütlich. Es ist dann gut, wenn Brettspiele da sind. Gegebenenfalls stellt man sich diese Spiele selbst her (Bastelarbeit). Ist die Gruppe vollzählig, dann muß es Grundsatz sein: gemeinsam arbeiten — gemeinsam spielen: Es können so vielerlei Arbeiten an diesen Abenden gemacht werden. Die „Reichsbanner-Illustrierte“ und besonders auch der „Kuckuck“ liefern feines Material für „Wandzeitungen“. Auch „Wochenberichtszeitungen“ sind interessant. Aus den Zeitungen einer Woche schneidet man z. B. die Artikel über die „nationale Opposition“ oder auch über die Frage „Lohnsenkungen und ihre Folgen“ aus, klebt sie in ein billiges Heft ein. Damit ist für die erwerbslosen jungen Kollegen eine politische Informationsquelle geschaffen. Solch eine Arbeit sollte jede Jugendgruppe leisten. Dann aber pflegt die Geselligkeit. Junge Menschen wollen singen, wollen fröhlich sein. Kampflieder und gute Wanderlieder gibt es in großer Zahl. Aber bitte keine Schläger und nachgemachte Nazi- oder Rot-Front-Lieder. Vor allen Dingen lernt kurze ernste und heitere Kabarettstücke. Einmal dienen sie der Unterhaltung und Belehrung der Gruppe. Zum anderen sind diese Stücke sehr fein im politischen Kampf (bei Versammlungen, Aufmärschen usw.) zu gebrauchen.

Die Zusammenfassung aller jungen Kollegen zu gemeinsamer Arbeit sollte nicht länger als 30 bis 40 Minuten dauern. Schließt sie mit einem gemeinsamen Liede ab! Dann bis zum Schluß Einzelbeschäftigung, also spielen und basteln. Pünktlich Schluß machen.

So ungefähr müßte eine Zusammenkunft einer Jugendgruppe aufgebaut sein. Dies genügt aber nicht — es fehlt noch die große Leitlinie. Unsere Winterarbeit wird von zwei leitenden Gesichtspunkten beherrscht sein müssen:

1. dem Kampf um die Erhaltung der Demokratie,
2. Kampf um die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft.

Will man den Kampf um die Erhaltung der Demokratie, der gleichbedeutend ist mit dem Kampf um die Republik, in seinem Umfang richtig erfassen und beurteilen, muß man über ein gegebenes Maß von politischem Wissen verfügen. Diesem Erfordernis müssen wir versuchen an unseren Abenden gerecht zu werden. Versucht ältere Kollegen zu kurzen politischen Vorträgen (höchstens 30 Minuten) zu gewinnen, spricht euch darüber aus! Und vergeßt das Lesen nicht! Dazu benutzt die kleinen politischen und gewerkschaftlichen Broschüren. Tauscht sie miteinander aus — lest sie gemeinsam! Vielleicht empfiehlt sich auch ein Ausspracheabend. Zur Aussprache über „Faschismus und Arbeiterschaft“ gibt es folgende Broschüren: 1. „Hitlers Sozialismus“ 10 Pf., 2. „Kasser und Schwäger“ 10 Pf., 3. „Diktatur“ 10 Pf., 4. „Köpfe in den Sand“ 10 Pf., 5. „Ins Dritte Reich“ 10 Pf., 6. „Ehrenrangliste“ 30 Pf. Unter Umständen kann die Gruppe (evtl. die Ortsgruppe des Verbandes) diese Broschüren kaufen, sechs junge Kollegen lesen und arbeiten sie durch, referieren kurz über den Inhalt. Robert Schölk, Aken.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstigen Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Januar 1932 auf 124,5 gegenüber 130,4 im Dezember 1931. Das entspricht einem Rückgang von 4,5 Proz. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen beteiligt.

Rund 29 Millionen Mark Schulden bei der Firma Borrig ergeben eine vorläufige Vergleichung der Aktiven und Passiven der Firma. Auch die 8 Millionen Mark Spareinlagen der Arbeitnehmer der Firma bei der Werksparikasse gelten als verloren.

Klagges hat über Braunschweig den Belagerungszustand verhängt. Bei der Beerdigung des von Nationalsozialisten erschossenen Reichsbannermannes Meier beteiligten sich am 28. Januar über zwanzigtausend Menschen.

Die Kundgebung der Eisernen Front am 31. Januar im Berliner Sportpalast war der gewaltigste Aufmarsch seit Jahren. Eine Stunde vor Beginn mußte die riesenhalle wegen Ueberfüllung gesperrt werden. Tausende von Republikanern fanden keinen Einlaß mehr.

Eine Tagung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale am 24. und 25. Januar in Köln hat sich für Abrüstung, Aenderung der Reparationskassen und für Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich im Einvernehmen mit Großbritannien ausgesprochen.

8 300 000 Arbeitslose werden aus Amerika gemeldet.

Eine Regierungskrise in Oesterreich, die inzwischen beigelegt wurde, ist dadurch entstanden, daß am 27. Januar die Bundesregierung plötzlich zurückgetreten ist. Der Vizekanzler Schöber mußte das Außenministerium abgeben, um dem weniger deutschsinnlichen Ministerpräsidenten Buresch Platz zu machen. Die Finanzmacht Frankreich wollte das.

Ein englisches Unterseeboot ist am 26. Januar vor Vottland untergetaucht und nicht mehr erschienen. Das Boot mit einer Besatzung von 55 Mann ist als verloren zu betrachten.

In San Salvador hat eine angeblich kommunistische Aufstandsbewegung zu Kämpfen mit dem Militär geführt, bei denen fast 1000 Personen das Leben eingebüßt haben.

Bomben haben die Japaner auf Schanghai am 29. Januar abgeworfen und das Chinesenviertel Schapel verwüstet. 600 Tote und 400 Verletzte werden gemeldet. England und Amerika haben Vermittlungskaktionen eingeleitet, der Völkerverbund eine Sonderkommission entsandt.

Aus unserer Bewegung

Die Bezirkskonferenz für Ostpreußen tagte am 24. Januar in Königsberg. Anwesend waren 96 Delegierte und 5 Gäste. Die Kollegen Schickorr und Demmer gaben den Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung. Der Mitgliederstand betrug am Ende des vierten Quartals 27 087. Durch Neuaufnahmen wurden insgesamt 3035 Mitglieder gewonnen. Die Mitgliedschaft in der Fakultät hat sich auf gleicher Höhe gehalten. Kollege Schickorr berichtete insbesondere über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Bezirk, die daraus entstanden sind, daß durch die Sperrung der Holzzufuhren aus den Grenzländern von 1060 Gattern in ganz Ostpreußen nur etwa 80 in Arbeit stehen. Kollege Demmer wünscht in seinem Bericht insbesondere, daß in Zukunft die Lohnverhandlungen für die Gemeindebetriebe nicht mehr zentral in Berlin, sondern wieder in den einzelnen Bezirken geführt werden sollen. Im übrigen konnte er mitteilen, daß sich die Mitgliedschaft in den Gemeindebetrieben gut gehalten hat. — Nach ausgedehnter Diskussion über diese Berichte erstattete Kollege Reich, Berlin, ein Referat über: „Wirtschaftslage und Vierte Notverordnung.“ Die Diskussion zu diesem Referat war äußerst sachlich, insbesondere kam der Wunsch zum Ausdruck, daß bei der Herabsetzung der Löhne durch die Vierte Notverordnung die 40-Stunden-Woche von den Gewerkschaften nicht mehr grundsätzlich gefordert werden dürfe. Alle Redner waren der Meinung, daß das Ausmaß des Lohnabbaues vom 1. Januar so erschütternd sei, daß eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit als untragbar bezeichnet werden müsse. Im übrigen zeigte die Diskussion, daß das Vertrauen zu der Organisation in Ostpreußen nicht geschwächt ist, sondern daß im Gegenteil die Konferenz den Schwierigkeiten, die die Organisationsleitung in der Interessensvertretung der Kollegen zu überwinden hatte, Verständnis entgegenbringt.

Braunschweig. In der Generalversammlung am 19. Januar gab Kollege Maack den Tätigkeitsbericht. Auch die Privatbetriebe machten sich die Notverordnungen zu eigen und leiteten Lohnabbaumaßnahmen ein. Im Kraftdroschkengewerbe mußten die Kollegen von ihrem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel Gebrauch machen, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Leider hat auch

dieser Kampf seine Opfer gekostet und Unorganisierte tragen die Früchte davon. Auch Handel, Fuhrgewerbe, Gärtnerzelen, Privat- und Straßenbahn meldeten sich für einen Lohnabbau an, und wenn die Forderungen der Unternehmer nicht restlos abgewehrt werden konnten, so wurden sie doch durch die Organisation in ihre Schranken zurückverworfen. Weiter konnte der Kollege Maack berichten, daß im arbeitsgerichtlichen Verfahren eine Summe von über 4000 Mk. für die Kollegen erstritten wurde. Kollege Renzsch gab dann den Kassenbericht. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 85 895,80 Mk., davon wurden in bar an die Hauptkasse abgeführt 35 989,70 Mk. An Unterstützungen wurden verausgabt für Erwerbslose 13 102,05 Mk., für Kranke 10 433,62 Mk., bei Sterbefällen 2690 Mk. (1), in Rechtschulfällen 2929,01 Mk., für Invalide 3514,50 Mk., für Streikende und Gemäßregelte 8884,07 Mk. Lohn- und Tarifverhandlungen, Konferenzen, Bildungsaufgaben, Betriebsratswahlen und Agitation erforderten 7984,77 Mk. Die Mitgliederzahl ist stabil geblieben. — Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes mit Ausnahme der Frauenvertretung, wo an Stelle der Kollegin Witte die Kollegin Hölte gewählt wurde.

Bremen. In der Versammlung der Vertrauensmänner am 12. Januar referierte Genosse Alfred Faust über die Frage: „Warum toleriert die Sozialdemokratie die Regierung Brüning?“ Während der fast zweistündigen Dauer des Vortrages herrschte vollkommene Stille im Saale, selbst die Kommunisten verhielten sich ruhig. Eine Diskussion wurde gegen vier Kommunistenstimmen abgelehnt. Nachstehende Entschlüsse wurden, die erste gegen zwei KPD-Stimmen, die zweite einstimmig, angenommen:

1. Kampf dem Faschismus. „Angesichts der von der Hartzburger Front der Arbeiterschaft drohenden Gefahren betrachten die Betriebsräte und Vertrauensmänner des Gesamt-Verbandes es als unumstößliche Pflicht aller Republikaner mehr als es bisher geschehen ist, Aufklärung zu schaffen über die verlogene und verräterische Taktik und Kampfweise der Hartzburger, insbesondere aber der Nationalsozialisten. Dieser Verrat tritt bei den Nationalsozialisten dadurch offen zutage, daß sie mit den ärgsten Feinden der Arbeiterklasse, den Eugenbergnern, den abgetauften Generalen und den Großkapitalisten, paktieren; denn die Paläste Hitlers sind von Unternehmergeldern erbaut und er und seine Prätorianergarde werden von diesen Geldern unterhalten. Was von diesem zusammengesetzten Haufen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten für die Zukunft zu erwarten ist, zeigt uns die Vergangenheit. Darum ist es Pflicht der gesamten Arbeiterklasse, die bereits geschaffene „Eiserne Front“ zu stützen und auszubauen zur Abwehr der dunklen Mächte der Putschisten, die weiter nichts beabsichtigen, als die Knechtung und Knebelung der gesamten gegen Lohn und Gehalt arbeitenden Bevölkerung und die unumkehrte Herrschaft der Scharführer im Unternehmerlager wieder einzuführen.“

2. Preislenkung muß restlos durchgeführt werden. „Die durch die Reichsregierung unternommene Preislenkungsaktion hat bislang nicht den Erfolg gehabt, der notwendig ist, um sich in den Haushaltungen der gegen Lohn und Gehalt arbeitenden Bevölkerung so auszuwirken, daß ein Ausgleich zwischen Lohn- und Gehaltslenkung und der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände des Haushalts herbeigeführt wird. Die Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte des Gesamt-Verbandes. Ortsverwaltung Bremen, fordert deshalb den Ortsauschuß des ADGB, auf, sich mit den in Betracht kommenden Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Verbindung zu setzen, damit Schritte unternommen werden, die der Arbeiterschaft die Gewähr geben, daß die von der Reichsregierung verbrochene und zur Stärkung der Kaufkraft der breiten Masse und für den Wiederaufbau der Wirtschaft so dringend notwendige Preislenkung restlos durchgeführt wird.“

Frankenthal. In der Generalversammlung am 17. Januar gab Koll. Bold den Geschäftsbericht und Koll. Enders den Kassenbericht. Koll. Biermann-Ludwigschafin hielt dann ein Referat über die heutige Wirtschaftslage. Bei der Neuwahl bekundete die Versammlung zu der bisherigen Geschäftsführung ihr volles Vertrauen. Für die ausgeschiedenen Kollegen Schoun und Hügenell wurden die Kollegen Otto Wendland und Fr. Kühn sen. gewählt.

Halberstadt. In der Generalversammlung referierte Kollege Kemptner (Berlin) über die Tätigkeit des Gesamt-Verbandes im Jahre 1931. Bei der Berichterstattung über die Tätigkeit der Ortsverwaltung wies Kollege Albrecht darauf hin, daß nach dem Weggang des früheren Oberbürgermeisters Weber die Stadtverwaltung längst nicht mehr das Interesse gegenüber den Gemeindefacharbeitern aufbringe, wie das früher der Fall gewesen sei. Von besonderem Interesse waren die Angaben des Kollegen Albrecht über die Mitgliederzahl der Ortsverwaltung. Es gelang, einen kleinen Rückgang vollständig aufzuholen, so daß die Ortsgruppe ihre alte volle Stärke wieder besitzt. Bemerkenswert ist noch, daß die Ortsgruppe im letzten Jahre allein an Unterstützungen 24 735 Mark an die Mitglieder zur Auszahlung brachte. Das kann natürlich keine Organisation machen, die wie die RGO, als billiger Jakob mit einem wöchentlichen Beitrag von zehn Pfennig auskommen und Arbeiterinteressen vertreten will. — Dem neugewählten Vorstände gehören folgende Kollegen an: Müller (Gemeindefacharbeiter), Dankwort (Straßenbahner), Becker (Transportarbeiter), Staat (Kraftwagenführer), Dörfert (Handel), Dieß (Post), Kunze (Reichsarbeiter), Becker (Kommunalbeamter) und Albrecht.

Seeen. In der Jahresversammlung am 23. Januar gab Kollege **Steinhoff** den Geschäftsbericht. Sodann führte der Vorsitzende einen Film vor über die Bundeschule in Bernau. In etwa 60 Bildern zog die Schule der Arbeiterchaft an den Augen der Kollegen vorüber. Kein Drunkbau, keine Sackfischeit und Zweckmäßigkeit zeigte sich in den Bildern. Diefen Kollegen leuchtete der Stolz, ob solcher Errungenschaft der Arbeiterbewegung aus den Augen. Trotz der Heße der „Landeszeitung“ müssen wir für die Erhaltung dieser Werte der Arbeiterchaft eintreten. Die Dorfstandswahl ergab: 1. Vorsitzender **August Steinhoff**, 2. Vorsitzender **Willy Sommer**, Kassierer **Paul Schwake**, Schriftführer **Otto Dieblich**.

Trebnitz. In der Generalversammlung am 24. Januar gab Kollege **Skudlarski** den Jahresbericht, der eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder und eine recht lebhaftete Beteiligung der Mitglieder am Verbandsleben feststellen konnte. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege **Dobras**, zum zweiten Kollege **Braun**, zum Kassierer Kollege **Rippin**, zum Schriftführer Kollege **Skudlarski** gewählt. Kollege **Braun** behandelte dann den neu vereinbarten Lohntarif, der am 1. Januar in Kraft getreten ist. Demnach erhalten an Stundenlohn: a) Männliche: Gelernte 65 Pf., Angelernte 58 Pf. und Ungelernte 55 Pf., während für weibliche Arbeitskräfte 41 Pf. gezahlt werden. Straßenwärtter in der Ortsklasse A werden mit 54 Pf., B mit 53 Pf., C mit 52 Pf. und D mit 51 Pf. je Stunde bezahlt, ausschließlich Frauen- und Kinderzulage, doch fällt die Krisenlohnsteuer fort. Nachdem noch darauf hingewiesen wurde, daß die für 1932 vorgesehenen Betriebsrätemahlen ausfallen, gab Kollege **Eichelmann** Bericht von der letzten Betriebsratsitzung, die sich mit der Verkürzung der Arbeitszeit der im Kreise tätigen Kollegen beschäftigte. Obwohl die Kreisverwaltung nur an 4 Tagen je Woche mit 32 Stunden arbeiten lassen wollte, ist dieser ungünstige Vorschlag nicht durchgedrungen, und es wurde folgendes vereinbart:

„Zur Durchführung von Sparmaßnahmen wird die Arbeitszeit der Landstrassenwärtter ab 10. Januar 1932 auf wöchentlich 40 Stunden herabgesetzt. Die Durchführung des Streiktages wird, entsprechend den Verhältnissen vom Kreisbauamt, angeordnet und gilt diese Vereinbarung bis zum 30. April 1932.“

Die Kollegen gaben sich nach lebhafter Aussprache mit dieser Änderung zufrieden.

Würzburg. In der gut besuchten Generalversammlung am 24. Januar 1932 gab Kollege **Johann Dey** den Geschäftsbericht. Einem geringen Mitgliederverlust steht eine wesentliche Erhöhung des örtlichen Kassenbestandes gegenüber, trotzdem für Unterstützungen der Betrag von rund 23 500 Mk. verausgabt wurde. An 170 arbeitslose Mitglieder kamen 1636 Mk. Weihnachtsunterstützungen zur Verteilung. Für verschiedene Berufsgruppen mußten in 11 Fällen neue örtliche Lohnvereinbarungen getroffen werden, bei denen die Organisation ihre ganze Kraft einsetzte, um die Lohnkürzungen auf ein erträgliches Maß zu bringen. Kollege **Wolka** berichtete dann über die Bezirkskonferenz in Nürnberg. Die Ortsverwaltung wurde en bloc wiedergewählt. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurden von einigen Kollegen noch Anfragen in Steuerangelegenheiten gestellt, über die Aufklärung geschaffen wurde. Kollege **Rudolf Dey** schilderte dann die mihlichen Finanzverhältnisse der Stadt Würzburg.

RUNDSCHAU

Auferstehung des Patriarchalismus und des Kommissariats im Dritten Reich. Bis zur Staatsumwälzung am 9. November 1918 ragte in die Neuzeit hinein der aus dem Mittelalter überkommene und vom berücksichtigten Kommissar gewürzte Patriarchalismus. Das heißt, der Arbeitgeber machte sich das Recht an, das Privatleben seiner Arbeiter zu überwachen, sie in jeder Weise zu bevormunden und im Kasernenhofen mit ihnen zu verkehren. Jahrelange Erziehungsarbeit, die die Gewerkschaften an den Herren und Damen, die sich Arbeitgeber nennen, vollzogen, und das gesteigerte Selbstbewußtsein der Arbeiter haben den Arbeitgebern bessere Manieren beigebracht und sie dahin erzogen, daß sie sich nicht mehr um die Privatangelegenheiten ihrer Arbeiter kümmern. Trotzdem traten noch hier und da solche patriarchalischen Herrschaftsallüren hervor, besonders bei den Gutsherren und den „gnädigen“ Frauen der sogenannten vornehmen und besseren Haushalte. Herr **Seemann** aber, der Allgewaltige der **Molkerische Braunschweig G. m. b. H.**, den bereits die Morgenluft des Dritten Reiches umweht und der wohl „seinen“ Arbeitern seinen lieblichen Ton nicht immer mündlich beibringen kann, machte das jüngst in schriftlicher Weise so:

„Braunschweig, den 25. August 1931.

Herrn..... im Hause.

Sie sind in den letzten 14 Tagen nie vor 1/1 Uhr, häufig erst um 2 - Uhr oder sogar um 3 Uhr nach Hause gekommen. Mit diesem unsoliden Leben bin ich nicht zufrieden. - Ich warne Sie letztmalig!

gez. **Seemann.**“

11. September 1931.

Bekanntmachung!

Es ist tatsächlich vorgekommen, daß vor einigen Tagen die Kannen nach **Seeyer, Stenorf** und **Reinbof** zu drei Zügen nicht verladen sind. Zu dem Zuge um 1 Uhr hatte **K.** viel Zeit, zu dem um 5 Uhr **N.**, und zu dem um 9 Uhr **N.** und **J.** zusammen. Für diese Bummelerei wird die Firma vom nächsten Gehalt für die obigen Schuldigen in Abzug bringen 60 Kilometer à 30 Pf. = 18 Mk. : 3 = 6 Mk. pro Person. (!) - Nachdem **B.** verschiedene Tage krank war, hat er es vorgezogen, nach dem Gesundheitsreiben statt zu arbeiten sich erst einmal tüchtig zu betrinken. Sein Gehalt wird ab 1. September monatlich um 5 Mk. gekürzt. (!) - Es ist mir aufgefallen, daß der Obermeister **Herr Bartz** von verschiedenen Personen mit **Richard** und **Du** angeteilt wird. Eine derartige

Freundschaft zwischen Vorgesetzten und Personal ist unvereinbar. **Herr Bartz** als Obermeister und Vorgesetzter ist von dem gesamten Personal mit „**Herr Bartz!**“ und mit „**Sie!**“ anzureden.

Eine engere Freundschaft gestatte ich nicht.

gez.: **Seemann.**

„Braunschweig, den 4. Dezember 1931.

Herrn..... hier im Hause.

Nachdem unsere verschiedenen Wohnungen nichts genügt haben, kündigen wir heute Ihre Stellung infolge Ihres unsoliden Lebenswandels. - Es wird Ihnen ja bekannt sein, daß Sie nicht auf dem Posten sind, so wie man es unbedingt verlangen kann.

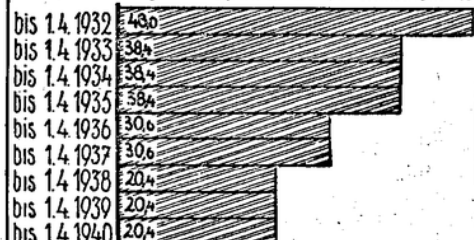
gez.: **Molkerische G. m. b. H., Seemann.**“

So würde die Umgangsform der Herrenmenschen im Dritten Reich mit ihren Proleten allgemein sein. Das Zeitalter der Betriebszäsuren stände von neuem da, wenn die Arbeitnehmer nicht alles tun, diesen Werksabsolutismus schon jetzt abzuwehren. In der „Eisernen Front“ zusammenzutreten zur Abwehr und zum Angriff gegen den **Hitler-Klages-Faschismus** ist jedes Arbeiters heiligste Pflicht!

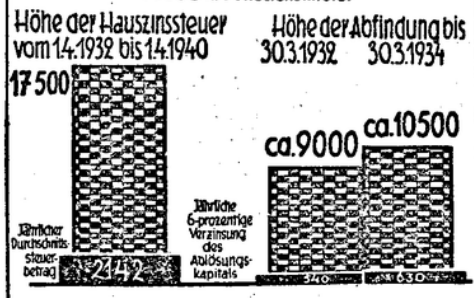
Parteiabzeichen wieder erlaubt. Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung haben Reichskanzler und Reichspräsident mit Wirkung vom 16. Januar 1932 verfügt, daß das ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen nicht mehr für Nadeln, Rosetten und ähnliche kleinere Abzeichen in der Form und Größe, wie sie bisher von politischen Vereinigungen üblicherweise getragen wurden, gilt.

Die Abgeltung der Hauszinssteuerpflichtung. Schon durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 war der bisherige Stand der Hauszinssteuer um 20 Proz. ab 1. April 1932 gekürzt worden. In Preußen betrug die Hauszinssteuer bis jetzt 48 Proz. der Friedensmiete, das sind etwa 37 Proz. der augenblicklichen Miete. In den anderen Ländern waren diese Prozentsätze ganz verschieden, meist etwas niedriger. Einheitlich wird nun der Abbau dieser Steuer durch die Notverordnung vom 8. Dezember geregelt, und zwar so, daß die Hauszinssteuer vom 1. April 1935 ab wieder um ein Viertel, vom 1. April 1937 wieder um ein Viertel gekürzt werden soll und vom 1. April 1940 ab aufgehoben wird. Dabei gilt für die Festsetzung der Hauszinssteuer das Aufkommen im Jahre 1932. Ferner ist aber den Hausbesitzern noch die Möglichkeit gegeben worden, durch Zahlung des dreifachen Betrages der Hauszinssteuer für das Rechnungsjahr

Steuer-Betrag in Preußen in v.H. der Friedensmiete



Beispiel der Hauszinssteuer-Ablösung für ein Haus mit Friedenssteuerwert von 100000RM (7500RM Friedensmiete)



1932 die Hauszinssteuerpflichtung abzulösen. Auf unserem Bilde ist dargestellt, wie sich in Preußen diese Ablösung für ein Haus darstellt, das im Frieden 7000 Mk. Miete einbrachte. Es muß nämlich der dreifache Betrag des im Rechnungsjahr 1932 zu bezahlenden Hauszinssteuerbetrages ohne Rücksicht auf die niedergeschlagenen oder erlassenen Beträge bis zum 1. April 1932 oder das Dreieinhalbfache bis zum 1. April 1934 einmalig bezahlt werden. Für denjenigen Hausbesitzer, der diese Kapitalsumme aufbringen kann, ist diese Ablösung sehr zweckmäßig, da er dann nach überschläglicher Berechnung ja höchstens ein Viertel von dem an Zinsen bezahlen muß für das aufgenommene Kapital, als der Hauszinssteuerbetrag durchschnittlich im Jahre ausmacht.

Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

V.

Als das Taxi Joan und Dacre wieder am Strand entlang zur Gedächtnishalle zurückführte, saß Joan still und nachdenklich in ihrer Ecke, und Dacre störte sie nicht. Er schob ihre Einsilbigkeit auf die plötzliche Rückkehr zu den grimmen Realitäten, die ihrer nach dem heiteren Luch inmitten der farbenfrohen Fliesen Spaniens harteten.

Bis draußen auf die Freitreppe war der Strom der Delegierten herausgequollen. Rauchend und plaudernd standen sie in Gruppen umher, begafft von der neugierigen Menge, die die Polizei immer wieder zurückschob. Von Kopf nirgends eine Spur!

Indes hörte Joan durch ein Mitglied ihrer Exekutive, daß die Unterhändler um 3 Uhr zurückgekommen seien, ohne anderes berichten zu können, als daß die Regierung eine sehr starre Haltung einnehme. Trotzdem hatten sie noch nicht alle Hoffnung auf Verständigung begraben und, verstärkt durch drei weitere Sachverständige, unter denen sich auch Kopf befand, die neuerlichen Verhandlungen bereits wieder aufgenommen. Drinnen in der großen Halle stimmte man das Lied „Das rote Banner“ an, und jeder dieser Männer, die von der Drehbank, vom Webstuhl, von der Grube herbeordert waren, schienen vor Aufregung zu beben. In ihren Seelen hatte es schon lange rebelliert und gegärt — und nun endlich bot sich die Gelegenheit, in offener Schlacht und mit würdiger Geste die erlittenen Schläge heimzuzahlen.

Jetzt kam auch Dacre aus dem Pressezimmer zurück.

„Offenbar ist für die nächsten Stunden nichts zu erwarten“, meinte er; „Schade zwar, daß wir Kopf um 3 Uhr verfehlten, doch auch von ihm würden wir kaum etwas Positives, Endgültiges erfahren haben. Die allgemeine Ansicht der Presse geht dahin, daß die Regierung den Kampf will und folglich heute abend der Generalstreik erklärt werden wird. Deshalb möchte ich gern nach Hause, um meine Frau zu informieren.“

„Lassen Sie sich durch mich nicht aufhalten, Mr. Dacre. Ich habe ohnehin Ihre Zeit ungebillig in Anspruch genommen.“

„Nicht so! Sie und ich wollen gute Kameraden sein; ich bin es wenigstens, sofern Sie mir das Recht zugestehen, Miß Craig. Und da man in Kriegzeiten den Formalitäten ein Schnippchen schlagen darf, wollte ich Sie bitten, mitzukommen, meine Frau kennenzulernen und ihr die ganze Streikfrage auseinanderzusetzen, wozu Sie sich viel besser eignen als ich.“

Sie murmelte etwas, das er nicht verstand, auf das er auch nicht mehr achtete, denn er hatte schon ein Taxi angehalten und nannte dem Chauffeur die Adresse.

Das Parterre des Hauses, vor dem das Auto kurz darauf hielt, nahmen Büros ein; die Dacres bewohnten die erste und zweite Etage.

Anthony ging, um seine Frau zu holen. Gleich darauf trat er wieder über die Schwelle.

„Helen wird sofort herunterkommen.“

Als sich Mrs. Dacre einige Minuten später zu ihnen gesellte, fand sie es schwer, gegen jemanden Abneigung zu verspüren, der sich so sachlich und neutral verhielt. Helen war ebenso groß wie Tony. Ihr braunes, glattes Haar lag wie eine seidene Kappe um das Haupt, und die breiten Backenknochen sowie der dunkle Teint gaben ihr ein etwas mongolisches Aussehen.

„Mein Mann erzählt mir, daß Sie von Leeds herbeigeeilt sind, um just in dem Moment, da mein Stück seine Uraufführung erleben soll, all und jeden zum Streik aufzurufen“, sagte Mrs. Dacre, indem sie dem jungen Mädchen lächelnd die Hand reichte.

„Ich wünschte, es stände in meiner Macht, Ihnen diese Gelegenheit zu ersparen!“ erwiderte Joan höflich. „Miß Meadows hat schon gedroht, mir den Kopf abzureißen, wenn es zum Äußersten käme.“

„Um meiner geliebten Mary Maud willen will ich Waffenstillstand mit Ihnen schließen und ihn mit einer Einladung zum Tee besiegeln, bei dem Sie mich über das Wesentliche orientieren müssen.“

Und dann machte Joan die Erfahrung, daß Helen Dacres „über das Wesentliche orientieren“, einem gerichtlichen Kreuzverhör gleich. Sie war sie jemanden mit so tödlicher Konzentration begegnet. Sie empfand, wie jeder geheime Gedanke auf Gnade und Ungnade dieser ruhigen, entschlossenen brünetten Frau ausgeliefert war. Wie vermochte Anthony nur die Anstrengung eines gemeinsamen Lebens mit ihr zu ertragen? ... Nach einer halben Stunde fühlte sich das junge Mädchen erschöpft, während Mrs. Dacre sich offensichtlich befriedigt in ihren Sessel zurücklehnte.

„Klar, mit der Aufführung ist's vorbei“, summierte sie. „Kein Mensch wird nächste Woche Sinn fürs Theater haben, ganz abgesehen von den fehlenden Verkehrsmitteln. Nein, nein, „Aufführung“ gelangt jetzt nicht zur Aufführung!“

„Aber was geschieht mit dem Theater?“ mischte sich Anthony ein, der bisher stumm geraucht hatte. „Wenn ich mich recht erinnere, bist du zur Zahlung von fünfhundert Pfund Miete wöchentlich verpflichtet.“

„Ein Grund mehr, nicht noch etliche Tausend für Unkosten hinauszuwerfen“, erklärte seine Frau. „Wir müssen das Theater zu einem Zweck benutzen, der sich als ganz große Reklame für uns auswirkt und den Besitzer in die moralische Zwangslage versetzt, uns die Option für einen weiteren Monat zu gewähren.“

„Aber Helen, wozu könnt ihr schon ein Theater während des Generalstreiks benutzen!...“

„Du erschlauer Junge, mit diesem Problem plage ich mich just ab!“ Und Joan nachdenklich anstarrend, fuhr sie fort: „Die Regierung wird wohl Freiwillige suchen, die Omnibusse und Droschken fahren, nicht wahr?“

„Natürlich wird sie das“, ereiferte sich Joan, „hat sogar schon die Vorbereitungen dazu getroffen! Wir werden noch einmal in die Kriegsatmosphäre zurückversetzt werden: Jünglinge in Goltjacks, die sich wichtigtuertisch blähen und spreizen, und einfältige Mädels aus der Gesellschaft, die ihnen den Kopf tätscheln und sie die ganze Nacht mit Kakao versorgen!“

„Ausgezeichnet! Die Kriegsatmosphäre, das ist's, was ich brauche.“ Selbst die kalte Helen geriet in Wallung. „Dielen, vielen Dank für Ihre Information. Wir werden also jede Nacht ein Konzert für die Freiwilligen oder ihre Ablösungen veranstalten. Und ferner? Ja, dann müßte man noch in einer Reihe von Bars gratis Getränke an sie ausgeben, und hierzu soll mir Hooke Lattimore, der weiß Gott genug Millionen aus seinen Kohlenruben zieht, das Geld geben.“

Joan zitterte vor Entrüstung.

„Beabsichtigen Sie ernstlich, den Streikbrechern zu helfen?“

„Und was sind Streikbrecher, bitte?“ fragte Mrs. Dacre, ihre Augenbrauen hochziehend.

„Diese Biester, die gewöhnlich ein faules Wohlleben führen und plötzlich unserer Männer Arbeit verrichten wollen. Oh, das dürfen Sie nicht tun! ... Mr. Dacre, sagen Sie Ihrer Gattin, daß sie das nicht tun darf!“

Dieser Appell an ihren Mann seitens eines jungen Mädchens, das sie eben erst kennengelernt hatte, ließ Helen nunmehr beide Augenbrauen hochziehen. Dacre entgegnete nichts.

„Die Bergleute hungern und darben schon bei den bisherigen Löhnen elendiglich, und dessenungeachtet will man sie ihnen noch kürzen. Wenn die anderen Gewerkschaften ihnen jetzt zu Hilfe kommen, muß der Sieg schnell errungen werden, ehe die Streikkassen leer sind. Sehen Sie jetzt ein, daß es ein Verbrechen sein würde, die Wirkung des Streiks abzuschwächen? ... Wollen Sie aber durchaus Speise und Trank verteilen, Mrs. Dacre, so geben Sie sie den Streikenden, die es wahrlich gebrauchen können. Die Jünglinge in den schönen Goltjacks werden, wie es auch kommen mag, immer im Ueberfluß haben.“

Mrs. Dacre verlor nicht einen Moment ihre kühle Ruhe.

„Natürlich werde ich auch ganz gern den Streikenden etwas geben, denn ich möchte nicht, daß irgend jemand hungert — am wenigsten allerdings ich und mein Mann. Doch ich bin wegen meiner Aufträge abhängig von Leuten mit Vermögen.“

Joan hätte sich in diesem Moment nicht ein Wort zu reden getraut. Die eiskalte Berechnung dieser wohlhabenden, kultivierten Dame traf sie wie ein Schlag ins Gesicht.

„Leider können wir nicht länger bleiben.“ Dacre äußerte es mit gänzlich sachlicher Stimme. „Ich möchte wieder an Ort und Stelle sein, wenn das Resultat der Verhandlung mit der Regierung lautbar wird, und Miß Craig muß sich zur Verfügung ihres Chefs halten.“

„Natürlich, das sehe ich ein.“

„Dann adieu, Miß Craig. Ich wünsche Ihnen, daß Ihre Bergleute gewinnen — nur sorgen Sie dafür, daß es nicht zu einer Revolution kommt.“

Joan sprach auf der Rückfahrt nichts, jedes von ihnen hing stumm seinen Gedanken nach.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michachstraße 42
 Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 36, Schleißche Straße 42